



# LB JOURNAL

## Zweitausend17

Jahresbericht der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

## Mein Traum von Europa

Fotobox bei der Leipziger Buchmesse

## Wir brauchen die offene Debatte

Diskussion mit dem Bundespräsidenten

# Inhalt



<b>Vorwort</b>	Seite 3
von Dr. Roland Löffler, Direktor der Landeszentrale	
<b>Das Jahr in Zahlen</b>	4
<b>Zweitausend17</b>	6
Schwerpunkte und Höhepunkte, von Werner Rellecke	
<b>Vielen Dank, Frank Richter!</b>	7
von Oliver Fritzsche, Vorsitzender SLpB-Kuratorium	
<b>Mein Traum von Europa:</b>	12
Fotobox bei der Leipziger Buchmesse	
<b>Panorama</b>	14
Berichte von Veranstaltungen und Projekten 2017	
<b>#wtf?!</b>	21
Wissen. Thesen. Fakten.	
<b>Politische Online-Bildung</b>	24
<b>Schalom Israel</b>	28
Reisetagebuch zur Israelbildungsreise	
<b>Wir brauchen die offene Debatte</b>	31
Diskussion mit dem Bundespräsidenten	
<b>Netzwerker</b>	34
Ohne Partner kann die Landeszentrale ihren Auftrag nicht erfüllen	



# Vorwort

von Dr. Roland Löffler, Direktor der Landeszentrale seit 25. September 2017



Es war das Jahr vieler Veränderungen für Sachsen – nicht zuletzt aufgrund einer Bundestagswahl, die zu neuen politischen Konstellationen in Bund und Land führte. Die Folge: Überraschende Wahlergebnisse, zwei Regierungschefs samt zwei neuer Kabinette, drei Kultusminister.

Dagegen ist der Wechsel an der Spitze der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung ein geradezu unspektakulärer Vorgang. Es ist mir an dieser Stelle ein Anliegen, meinem Vorgänger im Amte, Frank Richter, an dieser Stelle Dank und Respekt zu zollen für sein großartige Arbeit für dieses Haus in extrem schwierigen Zeiten. Frank Richter hat der Landeszentrale durch seine konsequente Bereitschaft zum Dialog zwischen polarisierten Gruppen hohe Anerkennung weit über die Grenzen Sachsens gebracht – und zu einer Befriedung erregter Gemüter im Freistaat beigetragen.

Mein Dank gilt ebenso meinem Stellvertreter Werner Rellecke, der das Haus in der Zeit der Vakanz mit sicherer Hand geführt hat. Der Jahresbericht gibt eindrücklich Auskunft darüber, wie hoch motivierte Mitarbeiter, denen die politische Bildung ein persönliches Anliegen ist, auch in einer solchen Phase Leistung bringen und attraktive Angebote organisieren. Unser Auftrag ist es, die sächsische Bevölkerung mit den aktuellen Entwicklungen in Staat und Gesellschaft vertraut zu machen. Wer die nachfolgenden Berichte liest, erkennt, dass dieser Auftrag mit Leidenschaft und Expertise verwirklicht wird. Die Besuche von und Debatten mit Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammer zu Jahresbeginn und mit Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier zum Jahresende über Themen wie demokratische Kultur und die Aufgaben der politischen Bildung heute belegen, dass die Arbeit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung auch bundesweit wahrgenommen wird. So war es 2017 – und so soll es auch in den kommenden Jahren weitergehen. Ich wünsche Ihnen eine ertragreiche Lektüre dieses Jahresberichts, freue mich auf Begegnungen und Gespräche mit Ihnen 2018.

Wir sind die Landeszentrale. Mitarbeiter der SLpB beim Besuch des Bundespräsidenten.

# Das Jahr in Zahlen

SLpB IN ZAHLEN: 2017 [2016]



ARBEITSEINHEITEN (90 Min.):  
702,5 [865,5]



TEILNEHMER: 13.174 [18.455]



VERANSTALTUNGEN: 194 [230]



**THEMEN:**  
Zahl der Veranstaltungen 194

- Innenpolitik 12
- Politische Bildung 48
- Politische Theorie 4
- Sächsische Geschichte Landeskunde 8
- Deutsche Geschichte Geschichte allgemein 29
- Europa Internationales 44
- Diktatur Aufarbeitung & Systemvergleich 11
- Politisches System Politische Ordnung 38







## BETEILIGUNG AN FREMD-VERANSTALTUNGEN

Moderation **1**  
 Teilnahme Podiumsdiskussionen **6**  
 Vortrag **18**  
 Expertengespräch **3**  
 Sonstiges **13**

### Kommune im Dialog (K!D)

### „Dilemma-Diskussion in Sachsen“ (DDiS)



Veranstaltungen **10**  
 Teilnehmer **394**  
 Arbeitseinheiten **34,5**

**17** Veranstaltungen  
**568** Teilnehmer  
**49** Arbeitseinheiten

## VERANSTALTUNGEN 194

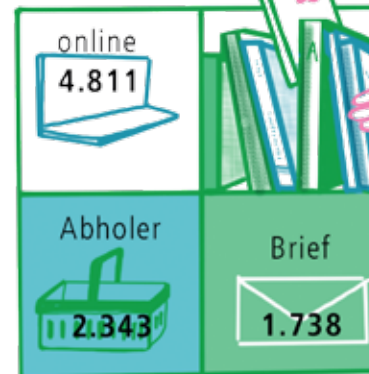
### Veranstaltungsformen:

Ausstellungseröffnung **2**  
 Bildungsreise **10** Lesungen **8**  
 Filmvorführung & Diskussion **11**  
 Führung/Exkursion **8**  
 Podiumsdiskussion **11**  
 Seminar **12**  
 Tagung **14**  
 Vortrag/Diskussion **59**  
 Wettbewerbe **4**  
 Workshop/Projekttag/Planspiel **45**



## BÜCHERZENTRUM

Anzahl der Einzelbesteller von Publikationen **8.892**



abgegebene Publikationen: **96.621**  
 190 angebotene Titel

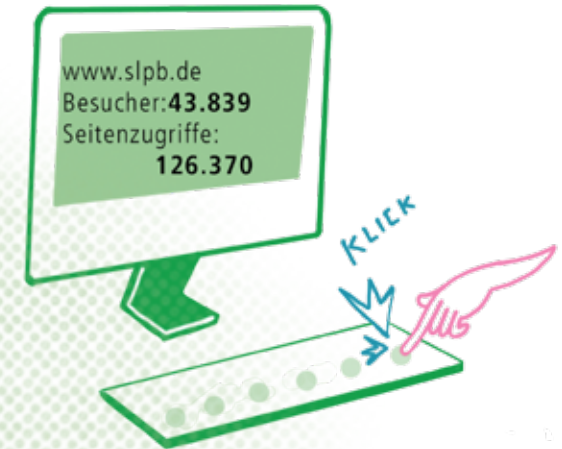
## ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



**4 x 17.500** Newsletter  
**149** Presseberichte (lokal, überregional, international) zur Tätigkeit der SLpB

## INTERNET

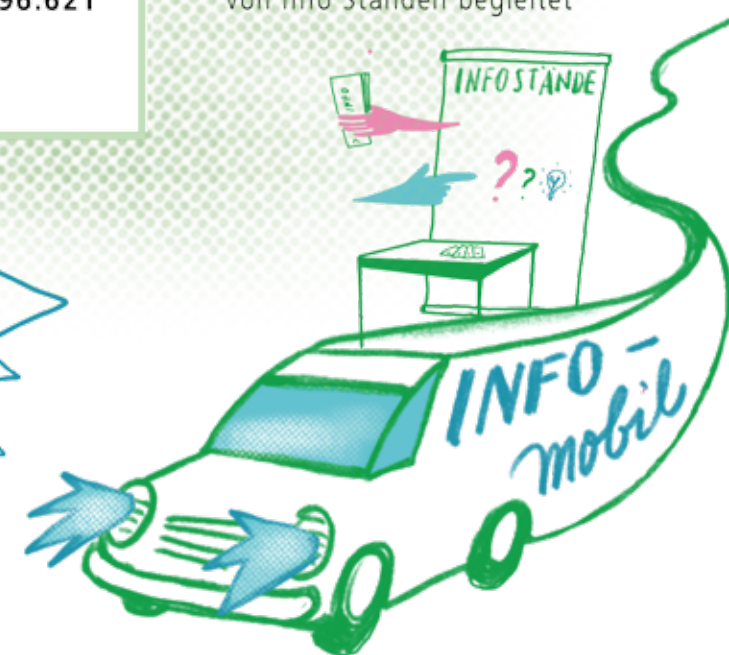
www.slpb.de  
 Besucher: **43.839**  
 Seitenzugriffe: **126.370**



3,5 Aktionen pro Besucher

## INFO-MOBIL

bei **25** Veranstaltungen im Einsatz  
**17** Veranstaltungen von Info Ständen begleitet



# Zweitausend17

Schwerpunkte und Höhepunkte, von Werner Rellecke (Kommissarischer Direktor der Landeszentrale von Februar bis Oktober 2017)



Zu den wichtigsten Ereignissen des Jahres 2017 innerhalb der Landeszentrale zählten das Ausscheiden Frank Richters als Direktor zum 31. Januar 2017 und der Antritt seines Nachfolgers Dr. Roland Löffler im Oktober.

Frank Richter wechselte in die Geschäftsführung der Stiftung Frauenkirche, wo er unter anderem weiterhin der Bildungsarbeit in der Landeshauptstadt verpflichtet bleibt. Dr. Roland Löffler war langjährig im Stiftungswesen beschäftigt und wechselte von Münster in Westfalen nach Dresden. Er ist nach Dr. Heinz Wöllner, Dr. Wolf-Dieter Legall und Frank Richter der vierte Direktor seit Bestehen des Hauses. Zwischen der Verabschiedung von Herrn Richter und dem Dienstantritt von Dr. Löffler lagen allerdings gute acht Monate Übergangszeit.

Trotz der Leitungsvakanz konnte das quantitative Niveau der Arbeit aufrechterhalten werden. Insgesamt wurden im Jahresverlauf 194 Veranstaltungen mit 13.174 Teilnehmern durchgeführt (2016: 230 Veranstaltungen mit 18.455 Teilnehmern). Während im Veranstaltungsreferat eine Steigerung von 80 auf 90 zu verzeichnen gewesen ist, sank der Umfang von Veranstaltungen im Online-Referat von 65 auf 30, was auf eine größere Konzentration auf das Kerngeschäft zurückzuführen ist. Im Publikationsreferat wurden 14 (2016: 16) Veranstaltungen durchgeführt, darunter als Höhepunkt wieder die jährlich stattfindende Israel-Studienreise in der Regie von Ute Kluge.

## Zuwächse bei Online und Büchern

Die Online-Arbeit wurde 2017 weiter qualifiziert. Dies zeigt sich in neuen Online-Dialogen und zahlreichen neuen Inhalten auf der Homepage. Durch eine lang erwartete personelle Verstärkung konnten auch die Facebook-Aktivitäten ausgeweitet werden, was nicht zuletzt eine deutlich höhere Werbewirkung für Veranstaltungen und Publikationen der SLpB mit sich brachte. Die Publikationsarbeit verzeichnete 2017 insge-

Beliebt und praktisch: Tragetasche mit dem Logo zum Jahresthema.



samt 8.895 Bestellungen (2016: 9.020). Hierin enthalten sind auch die Bestellungen für Veranstaltungen der Landeszentrale und verschiedener Bildungsträger aus dem gesamten Freistaat. Mit 96.000 abgegebenen Publikationen überstieg das Volumen den Vorjahreswert von 92.200 um etwa 4 Prozent.

**Bücherzentrum:** - abgegebene Publikationen **96.621**  
- angebotene Titel **190**



**Beliebteste Bücher 2017**

Martin-Luther und die Reformation in Europa	1.445
Mitteldeutsche Geschichte	1.428
Ländlicher Raum in Sachsen	1.238
Duden Allgemeinbildung: Deutsche Geschichte, Menschen, Ereignisse, Epochen	1.215
Nachdenken über Zivilcourage	1.160
Flüchtlinge in Sachsen	1.131
Die Deutschen und Ihre Kolonien	1.002
Extremismus in Sachsen	929
Schlesien. Das Land und seine Geschichte	904
Reformation in Kirche und Staat	
Von den Anfängen bis zur Gegenwart - ab Ende August lieferbar	731

**Standardtitel 2017:** - bestellte Exemplare nach Titeln  
- ohne SLpB-Veranstaltungen

Hand-/Wandkarte Freistaat Sachsen	6.441
Verfassung des Freistaates Sachsen	5.719
Grundgesetz für die BRD	4.794
Hand-/Wandkarte Europa	4.500
Hand-/Wandkarte Deutschland (neu)	4.350

Personelle Verstärkung erhielt die Landeszentrale durch zwei Referenten, die ihre Arbeit im Veranstaltungs- und im Onlinereferat aufnahmen. Angelika Barbe trat nach langjähriger Tätigkeit als Referentin in der Landeszentrale im Mai 2017 in den Ruhestand. Schwerpunkte ihrer Arbeit waren die DDR-Geschichte und Erinnerungskultur.

## Vielen Dank, Frank Richter!

Fast genau 8 Jahre, vom Februar 2009 bis Anfang 2017, war Frank Richter Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Er hat in dieser Zeit die Arbeit der Landeszentrale entscheidend geprägt und ihr durch hohen persönlichen Einsatz große Reputation und Wahrnehmbarkeit erarbeitet. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat Frank Richter die Notwendigkeit von Diskurs und Dialog in den Mittelpunkt der politischen Bildungsarbeit gestellt.

Bereits im Jahr 2012 wurde mit dem Jahresthema „Lasst uns streiten!“ ein roter Faden für künftige zentrale Projekte der Landeszentrale gelegt. Die digitale Dialogplattform gleichen Namens ist heute unverzichtbarer Teil der Beteiligungsformen bei der politischen Bildungsarbeit der Landeszentrale. Das Projekt „K!D – Kommune im Dialog“, aber auch das nun schon traditionelle Donnerstagsgespräch, tragen erkennbar Richters Handschrift. Er hat auch für die Erprobung neuer Methoden in der politischen Bildungsarbeit geworben und andere dafür begeistert. Die Anwendung der Konstanzer Methode der Dilemmadiskussion war für ihn ein erfolgversprechender Weg, um gerade junge Menschen zum Führen sachlicher, fairer, man kann sagen kultivierter Diskussionen zu befähigen.

Er hat seine Gaben und Fähigkeiten dabei in besonderem Maße eingebracht – als Moderator, als Brückenbauer, als Redner, als Inspirator, als Mensch. Frank Richter hat sich als Direktor der Landeszentrale mehr als verdient gemacht. Vermitteln, im Gespräch bleiben, aber auch klare Haltung für Demokratie und die Werte unserer Gesellschaft zu zeigen, ist

### Abschied von Frank Richter

Zum letzten Höhepunkt der Amtszeit Frank Richters als Direktor kam Bundestagspräsident Norbert Lammert auf Einladung des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Röbber, ins alte Ständehaus am Schloßplatz in Dresden. Der Bundestagspräsident thematisierte das bis heute intensiv



Blumen und freundschaftliche Worte. Staatsministerin Brunhilde Kurth und Kuratoriumsvorsitzender Oliver Fritzsche danken Frank Richter zum Abschied.

sein großer Verdienst. Oft war er dabei Fels in der Brandung, denn seine Maxime: „Kommunikation kann schiefgehen, aber nicht miteinander zu sprechen ist garantiert der falsche Weg“ sorgte teilweise für heftige Reaktionen.

Er hat sich in seinen Überzeugungen nicht beirren lassen, war aber dennoch in der Lage Rat zu suchen und anzunehmen, eigene Fehler einzugestehen und immer den Blick nach vorn zu richten. Frank Richter hat nicht nur bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, sondern weit darüber hinaus bleibende Spuren hinterlassen. Im Namen des Kuratoriums möchte ich ihm herzlich für sein großes und erfolgreiches Engagement danken und ihm alles Gute und viel Glück auf seinem weiteren Weg wünschen.

Oliver Fritzsche, Vorsitzender SLpB-Kuratorium

diskutierte Verständnis des Politischen als Denken im Freund-Feind-Schema. Diese Theorie vertrat bereits Thomas Hobbes im frühen 17. Jahrhundert mit der Aussage: Der Mensch ist des Menschen Wolf. Im 20. Jahrhundert stand der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt, der sich während der NS-Zeit vom Regime vereinnahmen ließ, als bekanntester Vertreter für die-



Bundestagspräsident Norbert Lammert warnte eindringlich vor einem „Unterbietungswettbewerb“ in der politischen und medialen Auseinandersetzung.



Psychologin Heiko Sill kritisierte Wortdreimaster und ermuntert zu positiver Emotionalisierung im politischen Diskurs. „Emotionen sind nicht unseriös.“



Störungen gehen vor. Maxi Krehl entert das Podium. Prof. Decker bleibt nur, mit seinem Vortrag abzuwarten.

se Denkrichtung. Hiervon distanzierte sich Lammert dezidiert und entwickelte einen Gegenentwurf.

### Vertrauen in Entscheidungsprozesse

In der modernen Demokratie dürfe es im Kern nicht um Freund oder Feind, Wahrheit oder Unwahrheit gehen, vielmehr sei das Vertrauen in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ausschlaggebend. Mehrheitsentscheidungen seien nicht wegen ihres Anspruchs auf Wahrhaftigkeit gültig, sondern weil sie den vereinbarten Regeln der politischen Gemeinschaft entsprächen. Aktuelle Vorkommnisse zeigten nun, dass sich ein wachsender Teil der Bevölkerung und auch der politischen Akteure von diesem Konsens verabschiedeten. Von mangelndem Respekt gegenüber Anderdenkenden über Hasstiraden bis hin zu gewalttätigen Aktionen reiche das Spektrum einer neuen Verrohung des politischen Streits. Hier müsse der Staat Grenzüberschreitungen konsequent entgegenwirken und zum Beispiel mit Bezug auf das Internet und die sogenannten sozialen Medien auch für angemessene Regulierung sorgen.

\*Der Bericht enthält nicht einzeln kenntlich gemachte Auszüge aus dem entsprechenden Veranstaltungsbericht von Michael Bartsch im Newsletter 4/2017 der Landeszentrale.

### Jahresthema

Jeder Direktor verleiht der Landeszentrale während seiner Amtszeit eine besondere Prägung. Frank Richters nachhaltigster thematischer Impuls ist mit dem Stichwort „Streitkultur“ recht gut beschrieben. Ganz in diesem Sinne war das Jahresthema 2017 formuliert: „Nu is aber gudd! Hat Toleranz Grenzen?“ Zum Jahresthema boten wir 14 Veranstaltungen an, unter denen die Partnerkonferenz und die Neuauflage des kabarettistischen Abends „Wir reden uns um Kopf und Kragen“ herausragten.

### Voll gestört?!

#### Politische Bildung in Zeiten der Intoleranz\*

Etwa 70 politische Bildner hatten sich am 8. Juni 2017 zur jährlichen Partnerkonferenz auf den Weg in die Landeszentrale gemacht. Ihre Erfahrungen mit verhärteten Positionen, Radikalisierungen, verbalen oder physischen Entgleisungen sollten in die Veranstaltung einfließen. Als Referenten waren der Potsdamer Psychologin Heiko Sill und der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Frank Decker eingeladen. Planung und Moderation der Veranstaltung lagen maßgeblich in den Händen von Dr. Annette Rehfeld-Staudt, Heike Nothnagel und Sabine Kirst. Die Ausgangsüberlegung lautete, dass Bil-

dung, Wissen und Austausch von Argumenten das Gegenteil von Oberflächlichkeit und Intoleranz darstellen. Hieraus lässt sich ableiten: Die Einhaltung von Regeln ist unentbehrlich. Insofern sind Vermittler politischer Bildung zugleich Anwälte und Schiedsrichter, die Grenzen aufzeigen nach dem Motto: „Wer gehört werden will, muss auch zuhören!“

### Sprachliche Verrohung

Dementsprechend hatten Mitarbeiter der Landeszentrale für einen unkonventionellen Einstieg ins Thema gesorgt, indem sie per Facebook oder Mail eingegangene Schimpf- und Hasskommentare auf Band eingesprochen hatten und dem Publikum präsentierten. Die eingespielten Zitate reichten von Vergleichen mit dem Staatsbürgerkundeunterricht der DDR, über die Denunziation von Demokratiearbeit als „Volksverdummung“ und „Stiefellecken“ bis hin zu Redewendungen wie „Pegidioten“ oder „linke Ratten“. Diese Beispiele zeigten anschaulich, mit welcher sprachlichen Verrohung es auch die politische Bildung zu tun hat.

### Angewandte Psychologie für die Politikberatung

Der erste Referent des Tages war der Potsdamer Psychologin Heiko Sill. Er befasste sich mit generellen Problemen der Kommunikation zwischen Bürgern und Politik. Der Begriff



„Political Correctness“ entstamme ironischer Selbstkritik der linken Achtundsechziger. Diese Art sprachlicher Zivilisation sei ein probates Mittel zur Einhaltung von Tabus. Aber es gebe auch Übertreibungen, die Sill als „Euphemismusketten“ deklarierte. So seien beispielsweise Mauren zu Negern, Schwarzen, Farbigen und Afroamerikanern geworden oder Asylanten zu Flüchtlingen und schließlich zu Geflüchteten. Wichtig hierbei sei nicht vorrangig die Wortwahl, sondern die Eroberung der Definitionsmacht. Mit solchen Relativierungen und Kontextualisierungen erzielte der Psychologe gleichermaßen Heiterkeits- wie Lernerfolge. Er konstatierte auch, dass Bürger und Politiker heute intensiver im Kontakt stünden als noch vor 20 Jahren, aber auch viel mehr angegriffen würden, auf Umfragen und ein schnelles Medienecho auch hastiger reagieren müssten.

### Aktionsfeld der Populisten

Nicht erst seit der jüngsten Klimaverschärfung im politischen Diskurs gelte die Erfahrung, dass eine lautstarke Minderheit als Mehrheit wahrgenommen wird, die tatsächlichen Akzeptanz- und Vertrauensverhältnisse also verzerrt. Man rezipiere, was man lesen oder sehen will und selektiere nach Einstellungen. Auch breit recherchierte Tatsachenberichte liefen zunehmend ins Leere. „So genannte Gewissheiten sind durch Informationen nicht zu erschüttern!“ Dies sei das Aktionsfeld der Populisten. Ziel von Populisten sei nicht die inhaltliche Auseinandersetzung, sondern der Stimmengewinn. Ein Video aus dem Wahlkampf von Donald Trump illustrierte, dass er eigentlich der Anführer einer prinzipiell zerstörerischen Bewegung ist.

### Politiker unterschätzen die Verpackung

Es klang fast nach Kapitulation vor Irrationalismus und Emotionalisierung, was der Psychologe den Politikern nahelegte. Dass sie oft umständlich mit Kettensätzen und „Wortdreimastern“ (Schopenhauer) hantieren und mitunter eine lebendige, modulationsreiche Sprache vermissen lassen, ist in der Tat verbesserungswürdig. Alarmierend wirken eher Erkenntnisse, die zu Sills These „Politiker unterschätzen die Verpackung“ führen. In einem Wahlkampf zählen nur zu

sieben Prozent die Inhalte, zu 38 Prozent hingegen wirkt die Stimme, das Aussehen des Kandidaten gar zu 55 Prozent.

### Political Correctness positiv zu besetzen

Für die politische Bildung sei es wichtig, zwischen Inhalt und Zweck von Aussagen deutlich zu unterscheiden. Kampfbeiträge und bewusste Provokationen gelte es zu identifizieren. Der Redner schlug vor, die Political Correctness positiv zu besetzen, befreiend im Sinne von Respekt und Kultur zu benutzen und nicht als Korsett zu empfinden. Ähnliches gilt auch für eine positive Emotionalisierung, die nicht unseriös sei, wenn denn rationale Einsichtsvermittlung so folgeschwach bleibt. Also Aktionen mit Erlebnischarakter, eine humorvolle Entlarvung, die „Verächtlichmachung von Verächtern“.

### Nicht über alle hingehaltenen Stöckchen springen

Politikwissenschaftler Prof. Dr. Frank Decker aus Bonn beschäftigte sich als zweiter Referent mit der Frage, ob der Populismus in die politische Bildung einzubinden wäre oder nicht. Er kam nicht gleich zu Wort, weil sich Volkes Stimme in Person der kabarettistisch begabten Sprachwissenschaftlerin Maxi Krehl erhob. Die „Wutbürgerin“ emotionalisierte die Teilnehmer und ließ zahlreiche Phrasen aus von Wut oder gar Hass geprägten öffentlichen Auseinandersetzungen Revue passieren.

**Reden ja, wenn Gespräche möglich sind.**  
(Decker zum Umgang mit Populisten)

Decker analysierte nach dieser „Störung“ den Populismus als politischen und wissenschaftlichen Kampfbegriff und verdeutlichte dies an Beispielen aus den USA und Europa, speziell den Niederlanden. Als Ursache für sein verstärktes Auftreten benannte der Professor vor allem eine sozialökonomische Verteilungs- und eine soziokulturelle Identitätskrise. Die Weltfinanzkrise von 2008, Euroskeptizismus, islamisch motivierter Terror und der Flüchtlingszustrom verschafften den neuen Propheten archaischer Werte Zulauf.



Eis zur Abkühlung bei der Partnerkonferenz. Die politische Bildung in Zeiten von Intoleranz ist für politische Bildner auch eine besondere persönliche Herausforderung.

### Politische Alternativen deutlicher abbilden

Prof. Decker gab für die Auseinandersetzung mit Populisten einige Empfehlungen, die über die üblichen Appelle zu mehr kommunikativer Offenheit gegenüber Bürgern hinausgingen. Politiker, Journalisten und politische Bildner sollten nicht über alle hingehaltenen Themen-Stöckchen springen, stattdessen besser die Politikunfähigkeit der Verführer entlarven. Ihr Vordringen in den Meinungsmarkt und in öffentliche Institutionen müsse verhindert werden. Es gelte, Große Koalitionen künftig zu vermeiden und Kontraste und politische Alternativen deutlicher abzubilden. Die CDU habe es versäumt, rechte Ränder nach Möglichkeit zu integrieren. Decker warnte davor, kulturelle Differenzen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden, allein auf soziale Probleme zu reduzieren.

Aus dem Publikum regte sich Kritik, dass Populismus mit Intoleranz gleichgesetzt und ausschließlich mit dem rechten Rand in Verbindung gebracht werde. Auch habe Decker bei der Bewertung der AfD und ihrer Anhänger nicht ausreichend nach erlaubten Positionen im Parteienwettbewerb und gefährlichen Tendenzen zum Schaden der Demokratie differenziert. Decker spalte mit der Kategorisierung „die gegen uns“ die Gesell-

schaft. Der Professor entgegnete, die Spaltung gehe von den Herausforderern, also den Beschimpfern aus.

### Man muss sich nicht alles gefallen lassen

Die abschließende Fishbowl-Diskussion untersetzte die Vorträge mit Erfahrungsberichten. „Was muss ich ertragen?“, lautete eine zentrale Frage. Einerseits gelte es, bereitwilligen Diskutanten entgegenzukommen und durch „Einstiegs-hilfen“ ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Andererseits seien auch bei den Bildungsträgern Gefühle zulässig. Dies nahmen zumindest einige Teilnehmer für sich in Anspruch. Man müsse sich nicht alles gefallen lassen. Ein Balanceakt, sich nicht in den Turm hehrer Auffassungen zurückzuziehen, keine „Selbstbeweihräucherung“ zu betreiben, nicht zu indoktrinieren, aber dennoch in einer offenen Diskussion notwendige Grenzen zu ziehen. Zum Schluss wurde die Frage aufgeworfen, ob sich die politischen Bildner mit ihrem Bildungsanspruch vielleicht in einer elitären Blase bewegten und der Gefahr von Nabelschau unterlägen.

### Nu is aber gudd – Säxit jetzt!

Humor sollte ein wichtiges Element der politischen Bildung sein. Er garantiert eine gewisse Distanzierung, ein Abstandnehmen vom allzu vernünftigen Austausch der Argumente oder auch eine Lockerung verbissener Positionierungen. Diesem Anspruch ist das kabarettistische Format der Reihe „Wir reden uns um Kopf und Kragen“ verpflichtet. Bereits zum siebten Mal wurde die Veranstaltung durchgeführt unter der Regie von Heidrun Müller und Karoline Bünker sowie in Kooperation mit Detlef Rothe vom Theaterkahn – Dresdner Brettl. In der Landeszentrale hielten Thomas Platz und Claudia Anke die organisatorischen Zügel fest in der Hand.

Das Konzept ging auch beim Redewettstreit unter dem Motto „Säxit jetzt!“ am 8. Mai 2017 auf. Der Dresdner Theaterkahn war an diesem Abend ausverkauft und bot den Besuchern beste Unterhaltung mit hintergündigem Tiefgang. Als Redner standen diesmal der Kulturwissenschaftler Dr. Dieter Herz, der



Moderatorin Anja Koebel und Werner Rellecke mit Sachsenwelt-Kugel stimmen auf die Siegerehrung ein. Mit alternativen Fakten und patriotischen Worten überzeugte Dr. Dieter Herz (Mitte).

Unternehmer Dr. Stephan Kieselstein, der Wissenschaftler Prof. Kai Simons, der Sportler Marc Huster und die Politiker André Schollbach (Die Linke) und Arnold Vaatz (CDU) auf der Bühne. Ihre Beiträge wurden - wie auch im Vorjahr - von den bewährten Evaluatoren Prof. Dr. Werner Patzelt und Heiko Sill kritisch begutachtet. Als Zwischenrufer konnte Moderatorin Anja Köbel (MDR) die Kabarettisten Bettina Prokert und Maxim Hoffmann von der „Weltkritik“ begrüßen. Am Schluss kürte das Publikum den Kulturwissenschaftler Dr. Dieter Herz zum Sieger des Wettstreits. Mit seinem brillanten EU-Ausstiegsszenario für Sachsen ließ er die Konkurrenz mit deutlichem Abstand hinter sich. Als Preis wurde ihm der Reisepass Nr. 00000001 der Autonomen Republik Sachsen überreicht.

### Sachsen-Monitor 2016

#### Beirat Sachsen-Monitor 2017

Der von der Sächsischen Staatskanzlei veröffentlichte Sachsenmonitor beschreibt neben einer breiten vordergründigen Zustimmung zur Demokratie klare autoritäre und gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen in weiten Teilen der sächsischen Bevölkerung. Aufgrund dieser bedenklichen Ergebnisse organisierte die SLpB am 11. Mai 2017 eine Fachtagung für politische Bildner im Bereich der staatlichen

Bildungsträger und der sächsischen Schulverwaltung. Die Ziele der Veranstaltung waren die Entwicklung eines tieferen Verständnisses von ausgewählten Aspekten des Sachsen-Monitors und die Identifikation von Handlungsbedarfen in den spezifischen Arbeitsbereichen der Teilnehmer. Die zentralen Ergebnisse des Sachsen-Monitors wurden in zwei Arbeitseinheiten vorgestellt und diskutiert: Zum einen berichtete Dr. Christian Demuth (Dresden) über den Aspekt der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, zum anderen Prof. Dr. Gert Pickel (Leipzig) über die Akzeptanz der politischen Ordnung.

### Wahljahr 2017

Politische Wahlen haben stets die Aufmerksamkeit der politischen Bildner. Ohne allgemeine Wahlen und Abstimmungen gibt es keine Demokratie. Dabei interessiert die politische Bildung nicht vorrangig, was die Bürger wählen, sondern dass die Bürger wählen. Im Vorfeld der Bundestagswahl vom 24. September 2017 präsentierte die SLpB ein abwechslungsreiches Angebot in unterschiedlichen Formaten und für verschiedene Zielgruppen.

### „Ich bin wählerisch!“

Für den schulischen Bereich wurde das Projekt „Ich bin wählerisch!“ unter der Federführung der Aktion Zivilcourage und in Zusammenarbeit mit dem Landeschülerrat durchgeführt. In der Landeszentrale wurde dieses Projekt vom Online-Referat unter Federführung von Stefan Zinnow und Dr. Annette Rehfeld-Staudt betreut.

Die Ausbildung umfasste vier thematische Blöcke: Wahlgrundsätze des Grundgesetzes, Wahlverfahren zur Bundestagswahl, Wahlprogramme der Parteien, Politiker als Beruf. Im Rahmen der Projekt-Auswertung wurden durchweg positive Bewertungen durch die beteiligten Lehrkräfte abgegeben: „Die Schülerinnen und Schüler waren interessiert. Wichtig war, dass man nicht als Lehrer vor der Klasse steht, sondern Peers sehr gut dafür ausgebildet wurden.“ Oder: „Im Kollegenkreis wurde das Thema positiv aufgenommen. Die am Projekt teilnehmenden Schüler fragten nach meiner persönlichen Meinung in der Pause.“





Einer von 150 Workshops, welche Schüler im Projekt „Ich bin wählerisch!“ vor der Bundestagswahl in sächsischen Schulen veranstalteten.

Die Aktion Zivilcourage zog folgende Bilanz: „Bezüglich der Arbeitsweisen und inhaltlichen Ideen des Wahlworkshops waren die Lehrkräfte sehr positiv gestimmt. Die abwechslungsreichen Methoden stießen auf große Freude und haben dafür gesorgt, dass sich sehr viele Jugendliche eingebracht haben... Den größten Mehrwert des Projekts sehen die Lehrerinnen und Lehrer in der Tatsache, dass die Jugendlichen gemerkt haben, dass Politik spannend sein kann. Außerdem stellt die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Werten nach dem Peer-to-Peer-Ansatz eine Abwechslung zum normalen Unterricht dar. Die Teilnehmenden konnten ein gesteigertes Selbstbewusstsein aufweisen und wurden in ihren eigenen Fähigkeiten gestärkt.“

### Wahl-o-Mat zum Aufkleben

Ein ganz anderes Format stellte der „Wahl-o-Mat zum Aufkleben“ dar, das in der Landeszentrale federführend von Lutz Tittmann aus dem Direktionsbereich betreut wurde. Auf der Basis des Online-Wahl-O-Mats der Bundeszentrale für politische Bildung, der im Vorfeld der Bundestagswahlen freigeschaltet wurde, besteht der Wahl-o-Mat zum Aufkleben aus Ausstellungstafeln. Die Mitspieler können auf diesen Tafeln ihre Positionen zu einzelnen Wahlkampfthemen mittels far-



Erstmals am Rednerpult der Landeszentrale. Dr. Roland Löffler bei seiner Antrittsrede am 25. September 2017.

biger Klebepunkte dokumentieren und anschließend ihr persönliches Ergebnis ermitteln. Dieses Ergebnis spiegelt die Übereinstimmung der persönlichen Positionen mit der Programmatik ausgewählter Parteien wider. Insgesamt wurde der Wahl-o-Mat zum Aufkleben an 21 Einsatzorten von etwa 1.700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern genutzt.

Die vorgestellten Angebote zur Bundestagswahl wurden ergänzt durch weitere Einzelveranstaltungen und entsprechende Bücher und Broschüren aus dem Publikationsangebot der Landeszentrale.

### Demokratie braucht Haltung!

Am Tag nach der Bundestagswahl wurde Dr. Roland Löffler im Rahmen der Fachtagung „Demokratieerziehung an sächsischen Schulen“ von der damaligen Kultusministerin Brunhild Kurth in das Amt als Direktor der Landeszentrale eingeführt. In seiner Antrittsrede formulierte er sein Verständnis politischer Bildung:

„Politische Bildung ist wie die Demokratie selbst eine prozesshafte Angelegenheit. Der mündige Bürger, der sich im Feld der Politik orientieren und engagieren will, braucht kognitive und prozessuale Kenntnisse der Politik. Darüber hi-

naus gelingt eine Erziehung zur Demokratie als Lebensform dort am besten, wo sich ein demokratischer Habitus ausbildet, der offen ist für die Erneuerung der gesellschaftlichen Entwicklung und die Integration unterschiedlicher Interessen. Erst wenn ein Verständnis für die Unterschiedlichkeit und den Ausgleich von Interessen vorhanden ist, entwickelt sich auch der Sinn für ein pluralistisches, demokratisches Miteinander. Das führt zu einer freiheitlichen Erziehung, die dem Lernenden Mündigkeit und Unterscheidungssinn zutraut.“

Löffler ist überzeugt, dass ein guter Lern- und Erfahrungsort für demokratische Prozesse und Haltungen die Kommune ist: „Da gerade das Einüben bürgerschaftlicher Mitverantwortung solche Selbstwirksamkeitsprozesse einleitet, die das Vertrauen in demokratische Prozesse vermitteln, werden wir auf diesem Feld intensiv weiterarbeiten. Gerade der kommunalen Ebene kommt als Erfahrungsraum der Demokratie erhebliche Bedeutung zu. Die Kommune ist ‚der Ort des Miteinander-Gehens und nicht des In-Reih-und-Glied-Stehens‘, wie Carlo Schmid, einer der Väter des Grundgesetzes, formuliert hat.“

Mit Verweis auf den amerikanischen Philosophen und Pädagogen John Dewey gibt Löffler einen Ausblick für die Arbeit der Landeszentrale unter seiner Führung: „Demokratie ist nicht nur eine Rechts-, sondern eine Lebens- und Gesellschaftsform. Sie beruht auf einem demokratischen Habitus und der Herausbildung politischer bzw. bürgerschaftlicher Tugenden, die übrigens auch Ziel politischer Bildung sein sollten.“

### Fazit

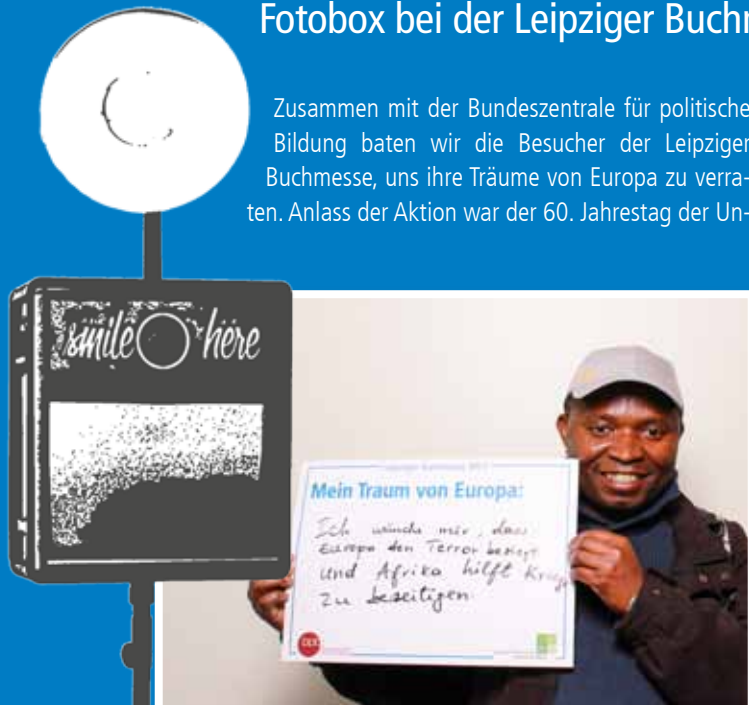
Neben den beschriebenen besonderen Veranstaltungen des Jahres war die Landeszentrale 2017 auch unter anderem wieder auf der Leipziger Buchmesse, am Tag der Sachsen, am Tag der offenen Tür und während der Einbürgerungsfeier im Sächsischen Landtag vertreten. Das angemessene Zusammenspiel von Standardangeboten, Schwerpunktangeboten und Angeboten mit besonderem aktuellem Bezug war auch 2017 das Ziel aller Referate der Landeszentrale.

# Mein Traum von Europa

## Fotobox bei der Leipziger Buchmesse

Zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung baten wir die Besucher der Leipziger Buchmesse, uns ihre Träume von Europa zu verraten. Anlass der Aktion war der 60. Jahrestag der Un-

terzeichnung der Römischen Verträge. Diese markierten einen Meilenstein der europäischen Entwicklung, ebenso der Brexit, welcher in den Messetagen intensiv diskutiert wurde.







# Panorama

Berichte von Veranstaltungen und Projekten 2017



## Das un|einige Königreich: Großbritannien und der BREXIT

Am 23. Juni 2016 stimmten die Briten in einem Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union ab. 51,9% der Bürger entschieden sich für den Austritt aus der EU. Die sechsteilige Veranstaltungsreihe „Das un|einige Königreich“ von November 2016 bis April 2017 machte deutlich: Noch nie schien Großbritannien so uneins, auch was seine Landesteile anging. Von Sabine Kirst.

In **Schottland** stimmten alle Wahlbezirke gegen den BREXIT. Die Schotten sind in Sachen Referenden sehr erprobt. Bereits 2014 wurden sie zum Verbleib in der britischen Union befragt. Nehmen wir diese beiden Ergebnisse, können wir feststellen: Schottland sieht sich als Teil der EU sowie als Teil der britischen Union. Doch Schottland wird sich wohl zukünftig entscheiden müssen: Britische oder europäische Union? Und wenn Schottland seine Unabhängigkeit erklären und der Europäischen Union beitreten sollte, wie könnte ein mögliches Beitrittsverfahren überhaupt funktionieren?

In **Nordirland** spielten Gedanken an die Unabhängigkeit eine weit weniger wichtige Rolle. Hier ging es den katholischen Nationalisten um die Zugehörigkeit zur Republik Irland, die sie zur Abstimmung bringen wollten; etwas, das die protestantischen Unionisten vehement ablehnten. Wir erinnern uns an die bewegten 1990er Jahre, an U2s „Sunday, Bloody Sunday“ und an den Friedensschluss 1998, der zu beenden schien, was nun neu aufflammen könnte. Zudem ist nach wie vor offen, welche Vereinbarungen die Europäische Kommission und Theresa May bzw. ihre Unterhändler bezüglich der irisch-nordirischen Grenze treffen werden.

Voller Saal bei einer Kooperationsveranstaltung mit der Volkshochschule Görlitz.



In **Wales** wiederum machten sich die Leute große Gedanken um die EU-Fördermittel und um die Stahlindustrie. Während manche den Brexit für die Rettung vieler Betriebe und als Ende der EU-Regulierungen feierten, waren andere Menschen eher skeptisch. Doch woher wird zukünftig das Geld kommen und kann Wales' Industrie überleben, wenn der Zugang zum EU-Binnenmarkt versagt bleibt?

In **England** herrschten weiterhin Uneinigkeit und Zwiespalt, nicht nur innerhalb der politischen Parteien. Die Gräben verliefen zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, Hochschule und Handwerk und auch zwischen dem Norden und dem Süden. David Cameron trat als Premierminister zurück. Seine Nachfolgerin Theresa May sollte fortan die Grundlagen für einen Austritt verhandeln.

Auf dem **europäischen Festland** wurde das Ergebnis als Symbol von europaskeptischen Parteien in den Mitgliedstaaten instrumentalisiert. Die bisher vermeintlich theoretische Möglichkeit eines EU-Austrittes gemäß Artikel 50(1) EU-Vertrag wird erstmals praktisch umgesetzt. In Folge dessen verschärften sich in den Wahlkämpfen 2017 in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland die Töne gegenüber der EU. Forderungen nach einem Austritt aus der Gemeinschaft, die vor der Abstimmung selten den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hatten, wurden zum Wahlkampfthema. Nicht zuletzt wegen dieses zunehmenden Druckes ist die Europäische Kommission bis heute stark mit der Entwicklung von Reformstrategien der Union befasst.

Die endgültigen politischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen des Referendums werden wohl erst dann erkennbar sein, wenn die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich abgeschlossen sind und der Austritt vollendet ist. Fest steht aber bereits jetzt, dass der BREXIT Folgen nach sich ziehen wird, die weit über die britischen Inseln hinaus zu spüren sein werden.



Der spanisch-katalanische Konflikt spitzte sich Ende 2017 zu. Die Landeszentrale griff das Thema auf und benötigte bei der Veranstaltungsplanung diplomatisches Fingerspitzengefühl.

## Katalonien aktuell

**Die massiven separatistischen Entwicklungen in Katalonien stürzten das EU-Land Spanien in eine tiefe politische Krise. Aus diesem Anlass lud die SLpB zur Podiumsdiskussion „Katalonien aktuell“ am 24. November 2017 ein.** Von Lucas Fischer.

Am 27. Oktober 2017 erklärte das katalanische Parlament Katalonien für unabhängig. Die spanische Regierung rief daraufhin den Bundeszwang aus, erklärte die Regionalregierung für abgesetzt und setzte Neuwahlen an. Kataloniens entmachteter Ministerpräsident Carles Puigdemont reiste nach Belgien aus. Seitdem laufen Ermittlungen gegen ihn.

Auf dem Höhepunkt der politischen Krise in Spanien lud die SLpB Vertreter der beiden Parteien am 24. November in die Landeszentrale ein. Sprechen sollten Marie Kapretz als Vertreterin der katalanischen Regierung in Berlin, Antonio Santamaría Pargada als Botschaftsrat der spanischen Botschaft in Berlin und Prof. Dr. Dirk Hanschel vom Lehrstuhl Öffentliches Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Doch der spanisch-katalanische Konflikt fand auch seinen Weg nach Dresden. Marie Kapretz verlor über die Absetzung der katalanischen Regierung ihr Amt als Vertreterin in Berlin, kam aber trotzdem nach Dresden. Auf Seiten der spanischen Botschaft bestand nun die Sorge, dass ein gemeinsames Auftreten mit ihr als Anerkennung der Unabhängigkeitsansprüche wahrgenommen werden könnte. Daraufhin zog Botschaftsrat Santamaría seine Zusage zurück und empfahl Prof. Sabine Riedel von der Stiftung Wissenschaft und Politik als Ersatz, die wir auch kurzfristig gewinnen konnten.

Das Fehlen des spanischen Counterparts für Marie Kapretz sorgte für eine gewisse Ungleichmäßigkeit, wurde an diesem Abend aber durch die Moderation des Politikwissenschaftlers Prof. Werner Patzelt souverän eingefangen. Im Sinne der Überparteilichkeit und auch entsprechend dem Gebot der politischen Bildung, kontroverse Themen in ihrer Kontroversität darzustellen, präsentierte der spanische Botschaftsrat Antonio Santamaría Pargada die Perspektive der spanischen Regierung bei einer Folgeveranstaltung im März 2018.

46 interessierte Teilnehmer folgten der Auseinandersetzung zwischen Frau Prof. Riedel, welche sich für eine föderalistische Lösung des Konflikts aussprach und Frau Kapretz, welche der Regierung in Madrid mangelnde Dialogbereitschaft und eine Missachtung katalanischer Selbstbestimmungsrechte vorwarf. Die Auseinandersetzung um das katalanische Autonomiestatut habe entscheidend zum Entschluss beigetragen, die Unabhängigkeit zu fordern. Prof. Hanschel als Völker- und Europarechtler verwies schließlich darauf, dass nur die Gesamtheit des spanischen Volkes über seine staatliche Einheit entscheiden könne.

## Ressourcen bündeln Potenziale vervielfachen

Wer sich in Dresden oder Leipzig auf die Suche nach Informations- oder Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Themen macht, wird mit großer Sicherheit rasch fündig. Ganz anders in Sebnitz, Annaberg-Buchholz oder Oschatz. Zusammen mit den Volkshochschulen bringen wir politische Bildung in den ländlichen Raum. Von Lutz Tittmann.

Die Volkshochschulen, die auch in kleinen Orten präsent sind, haben selten die Kapazität oder den finanziellen Rahmen für politische Bildungsangebote. Deshalb haben die sächsischen Volkshochschulen und die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung vor vier Jahren ihre Möglichkeiten und Stärken gebündelt, um auch abseits der großen Zentren im ländlichen Raum, stärker als es beide Partner allein vermögen, Veranstaltungen zu Politik und Gesellschaft anzubieten.

2017 waren dies vor allem wieder Vortrags- und Diskussionsabende, die das Thema Zuwanderung im Focus hatten. Es ging um Wissen über Kulturen, Sitten und Gepflogenheiten von Zuwanderern – unabdingbar für gegenseitiges Verstehen, mithin Voraussetzung für Integration – und um kritische Punkte im Zusammenhang mit fundamentalistischen Bestrebungen und Radikalismus.

Mit Dr. Mohammed Khalifa, Islamwissenschaftler von der Universität Hamburg, dem Autor und Islamwissenschaftler Dr. Wilfried Buchta und Andreas Heinrich, Nahost-Experte des Technischen Hilfswerkes, konnten wir drei Fachleute als Referenten und Gesprächspartner gewinnen, die es immer verstanden, das Publikum in ihren Bann zu ziehen und auch komplex Zusammenhänge gut nachvollziehbar darzustellen.



Nahost-Experten Dr. Michael Lüders im Theater Görlitz (Foto: Sascha Röhrich)

Ein weiterer Schwerpunkt waren die internationalen Beziehungen, zum einen das aktuelle transatlantische Verhältnis unter der Präsidentschaft von Donald Trump. Prof. Crister S. Garrett, Inhaber des Lehrstuhl für Amerikanische Kultur und Geschichte der Uni Leipzig und Stefan Robel, Geschäftsführer des Zentrums für Internationale Studien der TU Dresden erwiesen sich als ebenso kundige wie fesselnde Referenten. Ein weiterer Vortrag widmete sich den Beziehungen der „westlichen Welt“ zu den Staaten des Nahen Ostens. Der Vortrag des Nahost-Experten Dr. Michael Lüders im Theater Görlitz (dessen Intendanten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die großzügige Unterstützung hier ausdrücklich gedankt sei) mit über 300 Besuchern markierte einen besonderen Höhepunkt des gesamten Programms.

Insgesamt umfasste die Reihe 17 Veranstaltungen mit fast 650 Teilnehmern an 13 VHS-Standorten überwiegend im ländlichen Raum.

## „Neben Adhanom will ich nicht sitzen. Der ist schwarz!“

**Kindermund tut Wahrheit kund? Grundsätzlich wäre zu fragen, über wessen Wahrheit wir hier diskutieren sollten? Wie kommen Vorurteile in die Köpfe von Kindern?** Von Sabine Kirst.

Im September hatte das Landesjugendamt Sachsen zusammen mit der SLpB zur Tagung „Was tun, wenn Kinder sich fremdenfeindlich äußern? – Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten der pädagogischen Fachkräfte im Hort“ nach Meißen eingeladen. Die etwa 70 Teilnehmer kamen nach zwei Vorträgen in verschiedenen Workshops zu vielfältigen Themen ins Gespräch. Immer wieder kam die Frage auf, was zu tun sei, wenn Eltern oder ihre Kinder sich fremdenfeindlich äußern. Die schlechte Nachricht vorweg: Einen Königsweg gibt es nicht. Die gute Nachricht lautet: Ein Team kann sich seinen Weg jedoch gemeinsam erarbeiten und bei konsequenter Anwendung weiterhin allen Kindern und auch ihren Eltern unabhängig vom persönlichen Umfeld positive, integrierende Bildungs- und Sozialerfahrungen ermöglichen.

Bei xenophoben Äußerungen in Hort oder Kindergarten, Jugendclub oder Verein ist es wichtig, angemessen und konsequent zu reagieren. Einigkeit im Kollegium, feste Spielregeln und eine aufrichtige Team-Haltung sind wichtige Voraussetzungen im Umgang hiermit. Viel wichtiger ist jedoch zu wissen, dass man es mit einer Erscheinungsform gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu tun hat.

Xenophobie bezeichnet die Angst vor allem, was einem selbst fremd erscheint. Evolutorisch betrachtet ist sie seit jeher existent und sinnvoll, nämlich gerade dann, wenn es darum geht, angesichts mangelnder Ressourcen das eigene Überleben zu sichern. Dieser Mechanismus wirkt jedoch bis heute in die Zeit des relativen Wohlstandes fort. Objektiv betrachtet müsste niemand darum fürchten, wegen knap-



## Delitzscher Kamingespräch

Im Juni 2004 fand das erste „Delitzscher Kamingespräch“ im Schloss Delitzsch statt. Etwa 40 Personen aus Delitzsch und den umliegenden Dörfern waren der Einladung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung gefolgt und versammelten sich um einen Kamin zum Gespräch. Erster Gast war der damalige tschechische Generalkonsul Milan Dufek, der über die EU-Erweiterung aus tschechischer Sicht sprach. Von Dr. Eva-Maria Zehrer.

Die historischen Stühle waren alles andere als bequem. Trotzdem kamen im November des gleichen Jahres schon fast 60 Teilnehmer. Und diese Zahl wuchs noch weiter an. Zusammen mit unserem Mitveranstalter – inzwischen ist das der Oberbürgermeister von Delitzsch – entschieden wir uns, den Kamin zu verlassen und einen größeren Raum im Schloss zu nutzen. Der ist seither zu jeder Veranstaltung gut gefüllt.

Zweimal im Jahr kommen interessierte Bürger, um sich zwei Stunden lang auf ein Thema aus Geschichte oder Politik einzulassen, um zuzuhören und zu diskutieren. Im Frühjahr 2018 wird das 27. Delitzscher Kamingespräch stattfinden. Unter den Teilnehmer sind noch etliche, die schon 2004 da-

per Ressourcen gesundheitlichen Schaden durch andere zu nehmen. Doch der menschliche Angstapparat lässt sich sehr leicht triggern. Durch Parolen und aufgeheizte Stimmung, durch Feindbilder und Schuldzuweisungen lässt er sich zudem instrumentalisieren.

Vorsicht ist also genau an dieser Stelle geboten. Denn die Gleichwürdigkeit aller wird untergraben und nicht selten mündet dies in der Abwertung von Menschen wegen ihrer Herkunft, Religionszugehörigkeit oder Hautfarbe.

bei waren und die seitdem kaum eines dieser Gespräche verpasst haben. Es gibt aber auch immer wieder neue Gesichter.

Die Themenpalette ist breit: Wir diskutierten über den Irakkrieg, über Gerichtsverfahren gegen DDR-Mauerschützen, über Rechtsstaat und Sicherheitsstaat, Islam und Islamismus, die Macht der Medien, über die Arabische Welt und Russland, das Freimaurertum in der Gegenwart, politische Umbrüche, über Rassenhass im nationalsozialistischen Deutschland und das Leben jüdischer Künstler, über Zivilcourage und Schuld, die nicht verjährt oder über politische Kunst – um nur wenige Beispiele zu nennen. Neben Vorträgen und Zeitzeugengesprächen gab es Podien, szenische Lesungen und Filmvorführungen.

Einige Höhepunkte sollen nicht verschwiegen werden: 2005 erzählte der Schriftsteller Wolfgang Leonhard über sein Leben in vier politischen Systemen. 2007 sprach Otto Philipp Schenk Graf von Stauffenberg auf zutiefst beeindruckende Weise über seine Sippenhaft in Gefängnissen und Konzentrationslagern 1944/45. Die „Delitzscher Kamingespräche“ gehen weiter – Ideen gibt es viele.

Bei all den diskutierten Problemen gibt es auch konkrete Hilfe: In Sachsen gibt es Einrichtungen und Träger, die sich auf Supervision bzw. Umgangs- und Handlungsstrategien in diesem Zusammenhang spezialisiert haben. Dazu zählen das Netzwerk Demokratie und Courage, das Kulturbüro Sachsen, das Violence Prevention Network sowie die Aktion Zivilcourage und das Netzwerk Demokratische Kultur.



Die Newsletter 2017.

### Der SLpB-Newsletter

Die Newsletter der Landeszentrale wurden in den letzten Jahren vom halbjährlichen Veranstaltungskalender zum Quartalsmagazin weiterentwickelt. Neben Veranstaltungsterminen präsentiert der Newsletter nun neue Bücher aus dem Angebot der SLpB, kündigt Projekte und Wettbewerbe an. Uns ist wichtig, die Erkenntnisse vergangener Veranstaltungen und Projekte einer breiten Leserschaft zugänglich zu machen. Daher blickt der Newsletter auch zurück und berichtet von Bildungsreisen, Veranstaltungen und Projekten. Häufig schreiben Teilnehmer diese Texte, damit auch deren Perspektive deutlich wird.

Pro Quartal wollen wir auf 40 bis 48 Seiten einen Überblick zu den Angeboten der Landeszentrale geben, einzelne Themen vertiefen und über das Haus berichten.

2017 lag die Druckauflage bei 17.500 Exemplaren pro Quartal. Der Großteil wird an Privatpersonen und Institutionen verschickt. Weitere Hefte werden bei Veranstaltungen und über das Infomobil als erweiterte Visitenkarte der Landeszentrale verteilt. Eine digitale Version gibt es auch.

## Bonjour Nachbar!

Über eine Frankreich-Länderreihe mit vier Vortrags- und Diskussionsabenden im Institut français Dresden. Von Lucas Fischer.

Im Mai 2017 wählten die Franzosen einen neuen Präsidenten. Der Parteilose Emmanuel Macron setzte sich sehr deutlich mit zwei Dritteln der Wählerstimmen gegen Marine Le Pen vom Front National durch. Die Kandidaten der großen etablierten Parteien Parti Socialiste und Les Républicains wurden abgestraft. Der Verfall der alten französischen Parteien setzte sich bei den Parlamentswahlen im Juni 2017 fort. Macron gewann mit seiner neuen Bewegung En Marche eine klare Mehrheit in der französischen Nationalversammlung.

Die deutsch-französischen Beziehungen bilden eine wichtige Grundlage für das Funktionieren der Europäischen Union. Der Kontinuitätsbruch im politischen System Frankreichs bedeutet eine Herausforderung für das gegenseitige Verständnis, da alte, bekannte Größen wegfallen.

Was können wir von diesem neuen Frankreich erwarten? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Frankreich-Länderreihe „Bonjour Nachbar“, welche die Landeszentrale im Oktober 2017 in Zusammenarbeit mit dem Institut français Dresden durchführte. Sieben Frankreich-Experten sprachen in vier Veranstaltungen zur französischen Innenpolitik, Außenpolitik, den deutsch-französischen Beziehungen und zur politischen Zukunft unter Macron.

Jeden Mittwoch im Oktober fanden 30 interessierte Bürger den Weg zum Institut français in der Dresdner Innenstadt, um die Vorträge von Sebastian Trept (TU Dresden), Julie Hamann und Stefan Brüne (beide Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik), Hélène Lebonnois und Jean-Christophe Tailpied (beide Institut français), Dominik Grillmayer (Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg) und Dr. Ron-

ja Kempin (Stiftung Wissenschaft und Politik) zu hören. Über diese verschiedenen Perspektiven ergab sich ein vielschichtiges Bild, welches durch die persönliche Lebenserfahrung anwesender Franzosen ergänzt werden konnte.

Das Fazit der Reihe gab Dr. Ronja Kempin: Macrons Wirtschaftspolitik erzielt erste Erfolge, Frankreich ist wieder außenpolitisch präsent. Die Entwicklungen der letzten Monate geben ihr Recht. Als die auswärtige Handlungsfähigkeit Deutschlands durch das Ergebnis der Bundestagswahl und die langanhaltenden Koalitionsverhandlungen geschwächt war, erschien Frankreich und nicht Deutschland als der „Starke Mann“ in Europa.



Foto: Aktion Zivilcourage e.V.

„Ich bin wählerisch!“ Leipziger Projektteilnehmer bei der Ausbildung

## Ich bin wählerisch!

Unter dem Titel „Ich bin wählerisch!“ fanden vor der Bundestagswahl im September 2017 über 150 interaktive und multimediale Workshops an sächsischen Schulen statt. Das Besondere: Diese Workshops wurden von Schülern umgesetzt. Von Stefan Zinnow.

Unterstützung erhielten die Schülerinnen und Schüler vom Jugendwahlprojekt „Ich bin wählerisch!“, getragen von der Aktion Zivilcourage e.V. Pirna, dem Sächsischen Landesschülerrat und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Das Projekt wurde von

der Robert-Bosch-Stiftung und zahlreichen Einzelspendern finanziell unterstützt.

Angesprochen wurden alle Schulformen, der Fokus lag besonders auf weiterführenden und berufsbildenden Schulen im ländlichen Raum des Freistaates. 100 Schüler aus ganz Sachsen beteiligten sich. Sie lernten in dreitägigen Ausbildungen in Chemnitz, Dresden und Leipzig, sich kritisch und konstruktiv mit dem Wahlprozess, demokratischen Mechanismen und Parteiprogrammen auseinanderzusetzen. Die Schüler erwarben inhaltliches Wissen, Methodenvielfalt sowie soziale und didaktische Kompetenzen, die sie später an Gleichaltrige weitergaben. Außerdem erlangten sie Kompetenzen zur Meinungsbildung und Gruppenmoderation.

Im August und September 2017 führten die ausgebildeten

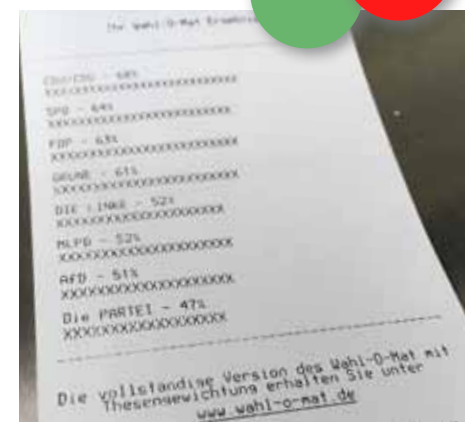


Schüler in Zweierteams 150 „Ich bin wählerisch!“-Wahlworkshops für gleichaltrige Mitschülerinnen und Mitschüler in ihren Schulen durch. Sie regten Diskussionen über das Wahlsystem, die verschiedenen Wahlprogramme der zur Bundestagswahl antretenden Parteien sowie die typische Arbeitsweise von Abgeordneten an. So konnten insgesamt über 3.500 Jugendliche erreicht werden, bei denen das Projekt meist sehr gut ankam. „Du kannst stolz auf dich sein. Sich so zu engagieren ist nicht alltäglich, wirklich bemerkenswert“, urteilte ein Jugendlicher über seine Mitschülerin, die als Projekt-Teamerin die Ausbildung durchlaufen hatte und den Workshop an ihrer eigenen Schule gestaltete.

Der Peer-to-Peer-Ansatz bot einige Vorteile, um politische Inhalte zu vermitteln: Ein geringer Altersunterschied zum Beispiel, ähnliche Vorkenntnisse und ein vergleichbarer Erfahrungshorizont zwischen Lehrenden und Lernenden.

Beeindruckend war, dass die Teilnehmenden über mehrere Monate hinweg am Thema der vor der Tür stehenden Bundestagswahl und dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland arbeiteten und Diskussionen auch an die Familienesstische transportierten. Auch die Jugendlichen zeigten sich überrascht von dem positiven Feedback und der Wirkung, die sie den Klassenzimmern erzielten: „Ich wollte meinen Mitschülern zeigen, dass es auch spannend sein kann, was die Parteien zur Wahl eigentlich wollen. Die Diskussionen gingen sogar auf dem Schulhof weiter“, berichtet eine Schülerin aus Hoyerswerda. Die Wirkung des Projektes wurde evaluiert und in einem Projektbericht veröffentlicht.

Das Gesamtfazit der ausgebildeten „Peers“ fiel häufig wie folgt aus: „Es war eine sehr gute Erfahrung. Sie hat mir in meinem Leben mehr Selbstbewusstsein gegeben.“ oder „Ich fand alles wirklich sehr toll, die Eindrücke, Erfahrungen und Menschen trugen zu einer Horizonterweiterung bei mir bei. Ich würde gerne an weiteren politischen Veranstaltungen mit Gleichaltrigen teilnehmen und mein Wissen erweitern.“



Wahl-O-Mat zum Kleben. Erst die eigene Meinung - gern im Gespräch mit anderen - finden und mit grünen (Zustimmung) oder roten (Ablehnung) Klebepunkten markieren. Die restlichen Klebepunkte einscannen und die eigene Übereinstimmung mit den Parteien errechnen lassen.

## Kleben statt klicken

**Der Wahl-O-Mat hat einen „kleinen Bruder“ bekommen - den Wahl-O-Mat zum Kleben. Er eignet sich besonders gut für Gruppen und kam Herbst 2017 in Sachsen zu Einsatz.** Von Lutz Tittmann.

Zur Bundestagswahl im September 2017 erarbeitet die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) wieder einen Wahl-O-Mat. Mit der bekannten Online-Variante kann sich jeder eine individuelle Entscheidungshilfe für seine Wahl geben lassen. Nun gibt es den Wahl-O-Mat auch für Gruppen.

Wie beim klassischen Wahl-O-Mat gab es über 30 Thesen aus unterschiedlichen Politikfeldern: Besteuerung von Diesel-Pkw, Obergrenzen für Asylsuchende, zum Umgang mit Fake-News im Internet, zur Verstaatlichung von Banken oder dem vorgezogenen Renteneintritt. Wie immer beim Wahl-O-Mat ist das Themenspektrum sehr breit und die Formulierung der Thesen sehr konkret.

Die Thesen sind auf große Bannern gedruckt. Die Nutzer können gemeinsam die Thesen besprechen und

ihre Zustimmung oder Ablehnung durch das Anbringen von farbigen Klebepunkten zeigen. Diskussionen mit anderen Teilnehmern sind vorprogrammiert. Am Ende bekommt jeder sein Wahl-O-Mat-Ergebnis digital errechnet und ausgedruckt. Dabei gibt es auch den vom Online-Wahl-O-Mat bekannten Vergleich mit den Positionen der zur Bundestagswahl zugelassenen Parteien. So erhält jeder Teilnehmer einen Überblick, mit welchem Partei-Programm die persönliche Haltung die größte Schnittmenge hat. Welche Schlüsse die Teilnehmer daraus zur Bundestagswahl zogen, blieb ganz allein Ihnen überlassen.

Die SLpB hat den Wahl-O-Mat zum Kleben von der BpB übernommen und ihn erstmalig beim Tag der Sachsen in Löbau eingesetzt. Neben Einsätzen bei öffentlichen Veranstaltungen und auf Marktplätzen haben wir den Wahl-O-Mat zum Kleben gezielt Berufsschulen angeboten. 58 Berufsschulklassen mit 1.164 Berufsschüler nahmen das Angebot an.

Insgesamt erreichten wir mit dem den Wahl-O-Mat zum Kleben in ganz Sachsen ca. 1.700 Teilnehmer. Die allermeisten nutzten diese Variante des Wahl-O-Mat in intensiver Kommunikation mit anderen Teilnehmern.

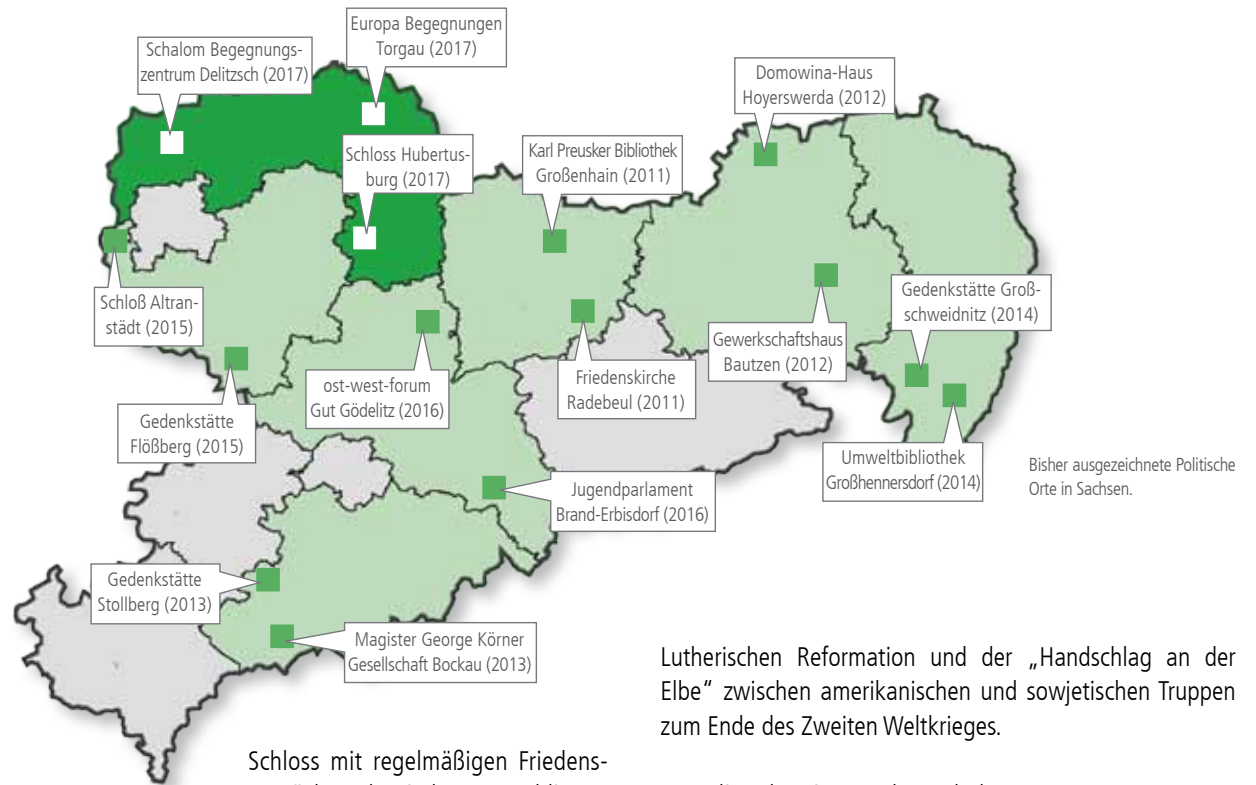
## Politische Orte in Sachsen

**Demokratie braucht politische Beteiligung. Mit dem Wettbewerb „Politische Orte in Sachsen“ will die Landeszentrale auf die Bedeutung politischer Beteiligung hinweisen und gesellschaftliches Engagement auszeichnen. Politisch wird es, wenn Menschen Regeln für ihr öffentliches Zusammenleben aushandeln. Das geschieht nicht nur in Brüssel, Berlin oder Dresden. Auch die Lausitz, das Elbland, das Vogtland oder das Erzgebirge sind und waren Schauplätze politischer Ereignisse. An manchen Orten nahmen Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand, schlossen oder brachen den Frieden, schrieben Verfassungen, gründeten eine Volksbücherei, wurden verfolgt oder vor Verfolgung geschützt.** Von Stefan Zinnow.

Auch in der Gegenwart finden sich zahlreiche Orte, wo sich Menschen politisch beteiligen oder sich mit politisch-historischer Bildung befassen. Solche Politischen Orte sucht die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung in allen sächsischen Landkreisen. Diese Orte erhalten eine Prämie von je 2.000 € und werden bei Veranstaltungen und Projekten von der Landeszentrale besonders unterstützen.

2017 suchte die Landeszentrale Politischen Orte im Landkreis Nordsachsen. Ausgezeichnet wurden der Freundeskreis Schloss Hubertusburg e.V. in Wermisdorf, der Förderverein Europa Begegnungen e.V. aus Torgau, sowie das Schalom Begegnungszentrum Delitzsch der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Delitzsch. Zentrale Entscheidungskriterien waren die vor Ort geleistete politische und ehrenamtliche Bildungsarbeit und besondere Formen politisch-historischer Bildung.

Mit dem Schloss Hubertusburg verbindet sich der „Frieden von Hubertusburg“. Dieser beendete 1763 den Siebenjährigen Krieg. An dieses und weitere Ereignisse, die mit der ehemaligen Königlichen Jagdresidenz Hubertusburg verbunden sind, erinnert der dem Schloss verbundene Freundeskreis. Er will das



Schloss mit regelmäßigen Friedensgesprächen als Friedensort etablieren. Zu erinnern ist an die Sonderausstellung zum Friedensjubiläum 2013 und die Aktivitäten zum Aufbau eines Europäischen Netzwerkes "Places of Peace". 2016 war das Schloss eine Station auf der Radtour Sächsische Friedensfahrt, welche die SLpB ausrichtet.

Die zweite Auszeichnung ging 2017 zu gleichen Teilen an Initiativen aus Torgau und Delitzsch, die an historischen Orten ihre Veranstaltungs- und Erinnerungsarbeit ausrichten: Der Förderverein Europa Begegnungen e.V. in Torgau und das Schalom Begegnungszentrum Delitzsch.

Der Torgauer Förderverein Europa Begegnungen e.V. erinnert mit Tagungen, Bürgerforen, Publikationen, Medienarbeit und Ausstellungstätigkeiten an die reiche Geschichte von Schloss Hartenfels. Herauszuheben sind die vielfältigen Bezüge zur

Lutherischen Reformation und der „Handsclag an der Elbe“ zwischen amerikanischen und sowjetischen Truppen zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

In Delitzsch erinnert das Schalom Begegnungszentrum mit Veranstaltungen, Jugendarbeit mit Schülern, außerschulischen Initiativen und der Pflege des jüdischen Friedhofs an das jüdische Leben im Ort. „Stolpersteine“ mahnen der von den Nationalsozialisten deportierten und getöteten jüdischen Mitbürger der Stadt. Träger des Begegnungszentrums ist die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde. Sie verleiht jährlich den „Schalom Delitzsch-Preis“ und organisiert Exkursionen zu Gedenkstätten und Gedenkortern.

Die Auswahl der politischen Orte im Landkreis Nordsachsen wurde von einer Jury getroffen. Zur Jury gehörten der Vorsitzende des Kuratoriums der Landeszentrale, ein Vertreter des Landkreises und eine Vertreterin der Landeszentrale. Überreicht wurden die Preise im Rahmen von politischen Bildungsveranstaltungen vor Ort.



# #wtf?!

# Wissen. Thesen. Fakten.

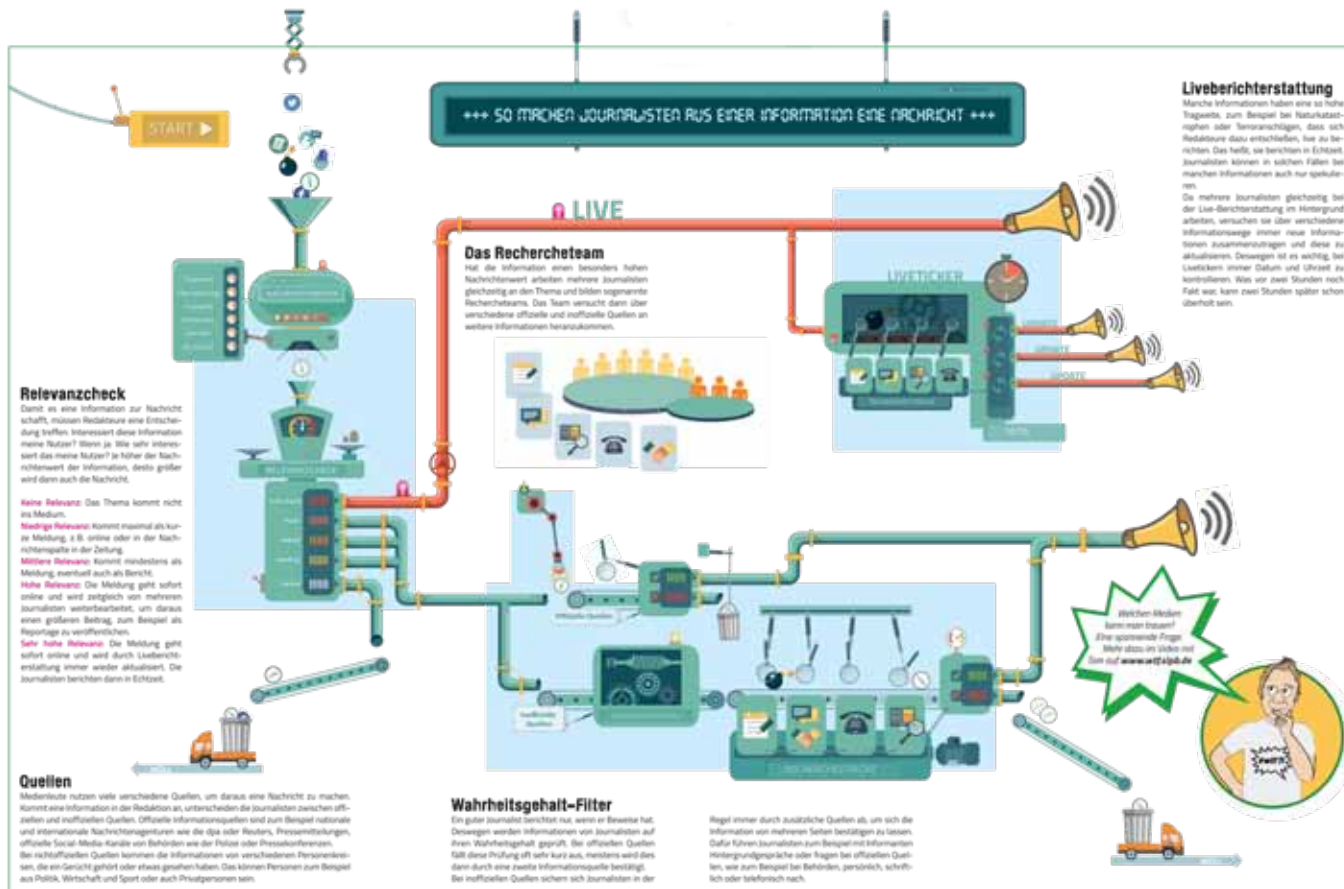


Die Presse lügt. Die EU ist eine Diktatur. Und der „kleine Mann“ hat sowieso nichts zu melden! Einfache „Antworten“ dieser Art erfreuen sich in jüngster Zeit nicht nur in der sächsischen Bevölkerung wachsender Beliebtheit. Die Liste ließe sich beliebig verlängern – allen solchen Vorurteilen ist eines gemeinsam: Sie richten sich gegen die herrschenden Eliten aus Politik und Medien, sie nutzen Wissensdefizite über demokratische Prozesse, appellieren an Unsicherheiten und Ängste und stellen so das gesamte demokratische System grundsätzlich in Frage. Die Kampagne #wtf?! - Wissen, Thesen, Fakten. geht Vorurteilen auf den Grund. Von Thomas Platz.

Die politischen und gesellschaftlichen Debatten seit Herbst 2014 offenbaren eine große Unsicherheit in Teilen der sächsischen Bevölkerung bezüglich der Repräsentation in unserer parlamentarischen Demokratie und der Rolle und Funktion der Medien. Diese Defizite gipfelten im Frühjahr 2016 in massiven Ausschreitungen gegenüber Flüchtlingen, worauf hin sich das Kabinett am 4. März 2016 in einer Sondersitzung auf ein Maßnahme-Paket verständigte. Es gehört zu den Zielen der ressortübergreifenden Maßnahmen, auch „die politische Bildung und Demokratie sowie den Dialog und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.“

### Konstruktive Diskussion anregen

Hier setzt #wtf?! an und will die konstruktive Diskussion über einen Wertekonsens in unserer Gesellschaft fördern. Die SLpB will Verständnis, Akzeptanz und Partizipationsbereitschaft für die Parlamentarische Demokratie durch Elementarisierung komplexer politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge mit Alltagsbezug fördern. Das Ziel der Kampagne ist Bildung, nicht, umerziehend zu wirken oder Kritiker mundtot zu machen. Die Bevölkerung soll Hintergrundwissen vermittelt bekommen, um selbst einschätzen zu können, welches Vorurteil nun seine Berechtigung hat und welches nicht.



dersetzung war kritisch, ergebnisoffen, informativ und unterhaltsam. Der Stil der Kampagne war locker, unkonventionell und anregend, ohne erhobenen Zeigefinger und Belehrungen. Entsprechend wurde der Kampagnen-Titel #wtf?! Wissen. Thesen. Fakten. gewählt. Die Doppeldeutigkeit ist kein Zufall, neben Wissen. Thesen und Fakten steht wtf bei Jugendlichen und im Netzsprachgebrauch als Kürzel für „What the fuck“ für Erstaunen, Empörung oder Verwunderung, somit für Interesse und emotionale Beteiligung. Denn, wer sich über politische Themen aufregt, ist nicht politikverdrossen.

Die Kampagne erhob keinen Anspruch auf inhaltliche Vollständigkeit sowohl in der Tiefe als auch in der Breite. Sprache und Bildsprache der Kampagne waren modern und klar.

Projektverantwortlich waren Dr. Annette Rehfeld-Staudt und Thomas Platz. Beide leiteten das Projekt über alle Phasen. Nach Ausschreibung bzw. Marktsondierung wurden die Agenturen stawowy media (Dresden) und edeos (Berlin) als Dienstleister eingebunden.

Zu jedem Thema erschien eine Infografik im Magazin und als Download in hoher Auflösung. Diese Grafik zur Nachrichtenauswahl erschien zum Thema „Lügenpresse“.

Bedarf und Möglichkeiten verlangten die Konzentration auf eine klare Zielgruppe. Mit dem Projekt sollten politisch Normalinteressierte als Selbstlerner im Alter zwischen 18 und 40 Jahren sowie jugendliche Schüler in pädagogischer Begleitung erreicht werden.

**Vorurteile aufgreifen**

Mit Blick auf diese Zielgruppen griff die Kampagne lebensnahe und aktuell diskutierte Vorurteile zum politischen System auf, hinterfragte deren Wahrheitsgehalt und informierte über den jeweiligen Sachverhalt. Anhand von Umfragen, öffentli-

chen Bekundungen, Äußerungen bei Veranstaltungen und den Online-Angeboten der SLpB wurden fünf Vorurteile mit hoher Aktualität und gesellschaftlicher Relevanz für die Jahre 2016 und 2017 ausgewählt: „Die Presse lügt.“ „Die EU ist eine Diktatur.“ „Politiker sind faul, abgehoben und schauen nur auf ihre Wiederwahl.“ „Der ‚kleine Mann‘ hat nichts zu melden.“ und „Parteien sind überflüssig.“

**Mehr als Wissen. Thesen. Fakten**

#wtf?! konfrontierte mit den Vorurteilen und setzte sich aus sächsischer Bürgersicht damit auseinander. Die Auseinan-

**Fünf Vorurteile im Fokus**

Nach einer kurzen Konzeptionsphase erfolgte die Umsetzung über den Zeitraum Oktober 2016 bis Ende 2017 in fünf Abschnitten. Je Vorurteil ein Abschnitt:

- Oktober 2016 „Lügenpresse“
- Januar 2017 „Europa = Diktatur?“
- April 2017 „Politiker!“
- Mai 2017 „Parteien = Wahlversprecher?“
- August 2017 „Fragt mich einer?!“

Das Kampagnenziel verlangte nach einem Mix verschiede-





Fünf Politik-Vorurteile auf dem Prüfstand. Cover der bisher erschienenen #wtf?!-Magazine

ner Instrumente. Zu allen Vorurteilen gab es einen Meinungsfilm auf dem #wtf?!-YouTube-Kanal, ein Magazin und didaktisches Begleitmaterial. Alle Angebote wurden auf der Web-Site [wtf.slpb.de](http://wtf.slpb.de) gebündelt. Zudem hielt diese Seite Verweisungswissen, Inhalte für Vertiefungen und Downloads bereit.

Zentrales Instrument waren Meinungsfilme zu jeweils einem Vorurteilsthema. Die Videos sollten das jeweilige Thema emotional ansprechen, inhaltlich knapp anreißen und auf die vertiefenden Angebote neugierig machen. Die Videos waren keine klassischen Erklärfilme. Der Hauptcharakter Tom führte aus der Perspektive eines jungen sächsischen Erwachsenen mit seinen Fragen und Vorurteilen in das jeweilige Thema ein, um so eine Anschlussfähigkeit für die Zielgruppe zu schaffen und zu einer lockeren Meinungsbildung einzuladen.

Jedes Video wurde von einem 8-seitigen monothematischen Magazin mit kurzen, informativen und unterhaltsamen Texten, Grafiken und Bildern zum jeweiligen Vorurteil begleitet. Die Magazine vertieften die in den Filmen angerissenen The-

men, ergänzte diese und erklärte Sachverhalte. Zentral war in jedem Magazin eine Infografik auf der inneren Doppelseite (Abbildung linke Seite).

Um Videos und Zeitungen auch für jüngere Nutzern in pädagogischer Begleitung zugänglich zu machen, wurden für Pädagogen zur Arbeit mit dem Video und der Zeitung didaktisches Material mit Bezügen zu Lehrplänen und Anwendungsempfehlungen erstellt. Es ließ sich leicht von der Web-Site [wtf.slpb.de](http://wtf.slpb.de) downloaden.

### Hohe Reichweiten und Luft nach oben

Die Videos wurden zwischen 8.833 und 14.460 Mal (Stand 1. Dezember 2017) aufgerufen. Gemessen an den bisherigen YouTube-Erfahrungen der SLpB und anderer Landeszentralen sind diese Reichweiten sehr hoch. Allerdings gelang es nicht, die meisten Nutzer zu Interaktionen (like, dislike, Kommentar) zu aktivieren.

Problematisch war auch die Vernetzung der Videos mit Magazin und Website. Der Mediensprung, zumal aus einem fast

geschlossenen System wie YouTube, ist schwierig. Hier ist zu überlegen, wie die Einbettung der Videos in ein Gesamtkontext besser vermittelt werden kann.

Die Magazine wurden in Auflagen von je 55.000 Exemplaren gedruckt. Davon wurden 37.800 Exemplare in doppelten Klassensätzen an alle staatlichen sächsischen Oberschulen, Berufsschulen und Gymnasien verschickt. Die übrigen Exemplare konnten als Einzelexemplare oder Klassensätze über [wtf.slpb.de](http://wtf.slpb.de) und den Online-Shop der SLpB bestellt werden, oder wurden bei Veranstaltungen der SLpB verteilt.

Das didaktische Begleitmaterial wurde besonders oft von Oberschulen und Berufsschulen abgerufen. Am höchsten sind die Downloadzahlen beim Thema „Lügenpresse“. Dieser Schwerpunkt zeigte sich auch bei der Nutzung der Web-Site [wtf.slpb.de](http://wtf.slpb.de). Diese wurde im Berichtszeitraum 2.530 Mal besucht.

Basierend auf diesen Erfahrungen wird das Projekt als Jugendmarke der SLpB in den Jahren 2018 und 2019 weiterentwickelt.

# Politische Online-Bildung



## Am Puls der Zeit

**Drei Jahre nach Einrichtung des Online-Referates gehört politische Online-Bildung zum festen Repertoire der SLpB.** Von Fabian Soding.

Die Webseite der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung verzeichnete im Jahr 2017 43.839 Besuche (2016: 53.298). Zusätzlich wurden auf den Infoseiten ([www.infoseiten.slpb.de](http://www.infoseiten.slpb.de)) weitere 35.366 Besuche registriert (2016: 50.781).

Ein übergroßer Teil der Besucher (ca. 58%) gelangte dabei über Suchmaschinen (davon ca. 91% Google) auf die Angebote der Landeszentrale. Die Landeszentrale verfügt dabei insbesondere über sehr starke Rankings für Suchkombinationen der Wörter Sachsen mit Politik, politischer Bildung, Verfassung und Planspiel. Außerdem wird die Webseite auf Top-10 Positionen zu Suchbegriffen im Kontext unserer Buch- und Veranstaltungsangebote ausgespielt.

Starke Zuwächse im Vergleich zum Vorjahr erhielt der Bereich Downloads mit 7.734 Zugriffen (2016: 7.417). Insbesondere wurden die E-Books „Extremismus in Sachsen“ (137 Downloads), „Islamische Kultur und Geschichte“ (115 Downloads), die Publikationsverzeichnisse (2.399) nachgefragt.

Die stärksten Monate sind Januar, August, September und November mit je über 4.000 Besuchen pro Monat. Derartige saisonale Effekte lassen sich u.a. auf die Veröffentlichung des Schriftenverzeichnisses (insgesamt ca. 33% aller Downloads in 2017), die Bundestagswahl, die Wahl-O-Mat Tour sowie den Besuch des Bundespräsidenten zurückführen. Die restlichen Zugriffe auf die Webseite setzten sich aus Direktzugriffen (ca. 33%) und Zugriffen aus sozialen Netzwerken (ca. 9%) zusammen.

Bundestagswahlkampf 2017: „On- und Offline verschmelzen immer stärker miteinander. Social Media ist der Standard in der politischen Kommunikation“, so Politikberater Martin Fuchs bei der Tagung am 24. August 2017.



Auf der Dialogplattform [www.lasst-uns-streiten.de](http://www.lasst-uns-streiten.de) werden die Besucher zum Einstieg in das Thema mit vier streitbaren Thesen konfrontiert. Der Online Dialog zum Thema Partizipation stand unter dem Titel „Direkte Demokratie = mehr Demokratie?“



Eine Steigerung der Sichtbarkeit und Reichweite der Webseite soll 2018 und darüber hinaus durch Erstellung neuer Inhalte (und den damit verbundenen Ranking- und Zugriffspotenzialen in Suchmaschinen) sowie dem Relaunch der Webseite unter Berücksichtigung einer verbesserten Nutzerfreundlichkeit und Suchmaschinenoptimierung erreicht werden.

### Soziale Netzwerke

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung hat auch 2017 ihre Reichweite in den sozialen Netzwerken steigern können. Sie verfügt auf Facebook aktuell über mehr als 3.900 Fans. Im direkten Vergleich mit anderen Landeszentralen liegt die SLpB damit auf Platz 2 hinter Baden Württemberg mit ca. 4.300 Fans. Im Laufe des Jahres 2017 wurden ca. 200 redaktionelle Posts und ca. 50 Veranstaltungen auf Facebook veröffentlicht. Netto wurden im Verlauf des Jahres ca. 400 Fans hinzugewonnen. Das entspricht einer Wachstumsrate von über 11%.

Auch die Anzahl der Follower auf Twitter hat sich 2017 sehr gut entwickelt. Die Community der Landeszentrale legte mit einem Wachstum von 23,6% von 892 Followern auf 1109 kräftig zu.

## [www.lasst-uns-streiten.de](http://www.lasst-uns-streiten.de)

Nachdem die Plattform im Frühjahr 2016 gestartet wurde, war 2017 das erste Jahr, in dem wir wie geplant übers Jahr verteilt vier Online-Dialoge durchgeführt hatten. Für jeweils einen Monat hatten die Nutzer die Gelegenheit, auf unserer Plattform zu kontroversen Themen ihre Standpunkte auszutauschen. Insgesamt nutzten 2.655 Besucher das Angebot. Von Dr. Annette Rehfeldt-Staudt.

Der erste Dialog gleich zu Beginn des Jahres 2017 hatte das Jahresthema „Toleranz und ihre Grenzen“ zum Gegenstand. Hier wurden die Besucher mit vier Thesen konfrontiert, die im gesellschaftlichen Diskurs der vorangegangenen Monate für reichlich Zündstoff sorgten wie beispielsweise „Der Islam gehört zu Deutschland“ oder „Große Einkommensunterschiede tun einer Gesellschaft nicht gut“. Die letzte These erhielt dabei innerhalb des Dialogs die größte Zustimmung. Immerhin die Hälfte der Diskutanten war der Ansicht, dass der Islam zu Deutschland gehöre.

Im Frühjahr ging es dann im Online-Dialog vor dem Hintergrund des immer wieder diskutierten „Lügenpresse“-Vorwurfs um die Frage der Medien und ihren Einfluss auf unsere Gesellschaft. Hier wurden die Rolle der sozialen Medien und ihr Umgang mit

Fake News ebenso diskutiert wie die steile These „Sächsische Medien berichten nur, was die Politik ihnen vorschreibt“.

Der eigentliche Antreiber dieses Dialoges war jedoch die Frage des Rundfunkbeitrages. Die These „Der Rundfunkbeitrag sollte beibehalten werden“ wurde von über 96 Prozent der Diskutanten abgelehnt, wobei man ganz klar sagen kann, dass sich hier in erheblichem Ausmaß organisierte Interessengruppen in die Diskussion eingemischt haben.

Im Frühsommer diskutierten wir die Zukunft der Europäischen Union. Neben der Frage, ob die EU für Sachsen eher Vor- oder Nachteile bringt, ging es auch um international umstrittene Fragen wie den EU-Beitritt der Türkei, die Zukunft des Euro und die Frage der Funktion der EU als Friedensstifter.

Der letzte Dialog des Jahres nahm sich des Themas Partizipation an und beschäftigte sich mit der Frage, inwieweit direktdemokratische Elemente zu einer größeren Akzeptanz von politischen Entscheidungen führen können. Sind die Bürger durch direktdemokratische Elemente überfordert? Wie gefährlich sind Populisten in direktdemokratischen Systemen? Macht das Internet möglicherweise Beteiligung einfacher oder ist das alles nur Fake?

Auch wenn die Ergebnisse der Dialoge nicht repräsentativ sind, so gibt doch jede einzelne der frei zugänglichen Auswertungen einen Einblick in die Meinungslage der Bevölkerung zu den Dialogthemen. Die Plattform hat sich als Ort des kontroversen und sachlichen Schlagabtauschs etabliert. Die Anzahl der Beiträge, die wegen Verstoß gegen die Dialogregeln gestrichen werden mussten, ging stetig zurück. In Zeiten, in denen die Politik immer stärker zu der Erkenntnis gelangt, dass es wichtig sei, der Bevölkerung zuzuhören, würden wir uns größere Aufmerksamkeit für dieses Diskussionsforum wünschen. Es bietet authentische Einblicke in das Denken von Bürgern und kann so auch Anregungen für Politik und politische Bildung liefern.

## Online-Mündigkeit und digitale Filterblasen

Veranstaltungsbericht zur Tagung „Zwischen Bots und Spots - Wie funktioniert digitaler Wahlkampf wirklich?“ vom 24. August 2017. Von Michael Bartsch.

Wer an diesem 24. August auf dem Weg zur Landeszentrale für Politische Bildung das Dresdner Stadtzentrum passierte, konnte den Auftakt zum Straßenwahlkampf beobachten. Sind diese armen Kandidaten unter den parteifarbenen Sonnenschirmen Leute von gestern? Der moderne und vor allem junge Mensch informiert sich schließlich - wenn überhaupt - aus dem Internet. Werden folglich auch Wahlen im Internet gewonnen? Und wenn ja, wie?

Bezeichnenderweise gab dieser Tag an der Landeszentrale darauf keine eindeutige Antwort. Denn, wie alle Errungenschaften des Fortschritts, tragen auch die Kommunikationsmittel des 21. Jahrhunderts ambivalente Züge. Und dass der persönliche Auftritt, die direkte Begegnung mit Bürgern letztlich durch nichts zu ersetzen sind, bestätigen auch Politiker, die auf Facebook zu den aktivsten gehören wie der sächsische SPD-Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Martin Dulig. In diesem Sinn ist also „off“, wer online verweilt, und im persönlichen Sinn „on“, wer offline das unmittelbare Gespräch sucht.

Allein der Umstand, dass neben der SLpB erstmals die Verbraucherzentrale Sachsen als Mitveranstalter auftrat, weist auf die Doppelbödigkeit der Internet-Kommunikation hin. „Verbraucher“ von Onlineinformationen muss man oft vor sich selber schützen. Katja Henschler, Leiterin der Verbraucherzentrale, meinte zwar gleich in ihrer Einführung, dass es so etwas wie Fake News schon seit Beginn der Menschheit gebe. Die Überprüfungsmöglichkeiten seien nur beschränkter gewesen. Unverändert gelte aber, dass Menschen gern glauben, was sie glauben möchten. Das Internet birgt somit gleichermaßen ein Verifizierungs- wie ein Manipulationspotenzial.



Bekannt als Hamburger Wahlbeobachter: Martin Fuchs begleitet Netzpolitik als Berater, Blogger und - wie bei der SLpB - als Speaker.

### On- oder offline – wer unterscheidet das noch?

„Es gibt 2017 keinen Online-Wahlkampf mehr!“ Der Hamburger Martin Fuchs, Diplom-Kaufmann für Medienwirtschaft mit Lehrauftrag in Passau und Politikberater, verblüffte zunächst mit dieser These. Sie wird schnell plausibel, wenn man sich verdeutlicht, dass alle Smartphonebesitzer im Grunde ständig online sind. „On- und Offline verschmelzen immer stärker miteinander“, präzisierte Fuchs. Mit einer Fülle von Fakten vermittelte er mehr ein Gefühl für die Trends und den gegenwärtigen Stand der Nutzung von Internet und Social Media, denn die absoluten Zahlen differierten zum Teil gegenüber den Angaben des zweiten Referenten Kay Hinz.

85 Prozent der Deutschen verfügen über einen Internetzugang, vier Fünftel nutzen die so genannten Sozialen Netzwerke. Ungefähr jeder Dritte hat ein Facebook-Profil angelegt, bei Twitter schwanken die Angaben der aktiven Zwitscherer zwischen ein und vier Millionen. Etwa drei Viertel der Bundesbürger suchen nach Informationen im www, auch nach politischen. Mit 44 und 41 Prozent liegen dabei die Angebote der Tageszeitungen und diverser Portale an der Spitze. Nur noch für jeden fünften Jugendlichen spielen Radiosender und ihre Onlineangebote eine Rolle. „Social

Media ist der Standard in der politischen Kommunikation“ behauptete Fuchs.

Die Frage, inwieweit sich die Parteien darauf einlassen, kam dem Wahlkampfthema dieser Tagung näher. Die Grünen beispielsweise gelten als DIE Twitterpartei und steckten die Hälfte des Wahlkampfbudgets in die Online-Werbung. Mit deutlichem Abstand folgten fast gleichauf AfD, SPD und Linke. Merkwürdigerweise stellte in der Diskussion niemand die Frage nach dem Effekt dieser Präsenz, und auch Martin Fuchs ging nicht darauf ein. Denn offensichtlich besteht zwischen Online-Aktivitäten und Wählergunst kein zwingender Zusammenhang. Die konservative Union bleibt auch im Wahlkampf eher traditionellen Methoden verhaftet.

### Vielfalt oder Filterblasen-Einfalt

Wohl aber wurde in der Diskussion danach gefragt, wen die Parteien eigentlich erreichen wollen. Denn die vom Referenten konstatierte zunehmende Vielfalt digitaler Plattformen bedeutet noch keine Ansprache breiterer Schichten. Immer wieder tauchte bei Referenten und im Publikum vielmehr das Phänomen auf, das Fuchs als „Abwanderung in geschlossene Systeme“ beschreibt. Das Schlagwort „Filterblase“ trifft auf das kommerzielle wie auf das politische Internet zu, wenn Informationen aufgrund von Algorithmen selektiert werden, die Geschmacks- und Gesinnungsparameter des Nutzers auswerten. Längst weiß man, dass im Netz nicht automatisch mehr Diskurs gedeiht, sondern ebenso die affirmative Verständigung unter seinesgleichen stattfindet.

Ein bisschen marktschreierisch stellte Martin Fuchs den aktuellen Bundestagswahlkampf als den „ersten Echtzeit-Wahlkampf“ hin. Der Hang, jeden Politikerstammtisch per Livestream zu dokumentieren, überrascht wenig angesichts der verbreiteten Manie, aller Welt die Zusammensetzung seines Frühstücksmenüs mitzuteilen. Die Feststellung, dass das Internet für die Organisation des Wahlkampfes immer wichtiger werde, stützte indirekt die These, dass es letztlich doch



auf die persönliche Präsenz, auf die Kandidaten zum Anfassen ankommt. Dies umso mehr, weil im Netz die Verunsicherung um sich greift, ob man es noch mit einer menschlichen Person oder mit Social Bots zu tun hat, also scheinbar denkenden Automaten.

### Big Data und die kleinen Lecks

Für diese Wahlkampforganisation braucht man Daten. Das verunsichernde Schlagwort von Big Data, der nicht mehr beherrschbaren massenhaften Datensammlung, musste in diesem Zusammenhang fallen. Hier waren Fuchs und der Internetpionier Karsten Schramm verschiedener Ansicht. Fuchs meinte, gegenüber dem Bundestagswahlkampf 2013 sei die Datenmenge nicht nennenswert angewachsen, die man für Meinungs-Targeting, Haustürwahlkampf oder schnelle Kampagnenmobilisierung nutzen könne. Schramm, nicht nur Vater des kostenlosen E-Mail-Dienstleisters GMX, sondern auch Verfasser der zehn Gebote der digitalen Ethik, schockierte mit der Angabe, dass vor fünf Jahren die Datenspur eines jeden Menschen noch mit etwa 500 MB beziffert werden konnte, heute jedoch schon auf ein bis zwei Terabyte geschätzt wird.

Wo viel gesammelt wird, gibt es auch viel zu hacken. Nach Erfahrungen bei den jüngsten Wahlen in den USA, Frankreich oder Großbritannien seien alle Parteien auf Leaks oder Fakes vorbereitet, meinte Martin Fuchs.

### Kein zusätzliches Demokratisierungspotenzial

Mit Blick auf den Online-Wahlkampf dämpfte der junge Berliner Politik- und Kommunikationswissenschaftler Kay Hinz überzogene Erwartungen. In seiner viel beachteten Dissertation hat er den Online-Bundestagswahlkampf 2013 analysiert. Internet-Angebote orientierten sich mehr an interessierten und bereits entschiedenen Leuten als an der allgemeinen Wählerschaft, lautet eine Erkenntnis. Unterstützer wiederum setzten meist nur ihr „like“, leisteten aber draußen selten praktische Hilfe. Auch Hinz konstatiert die Ten-

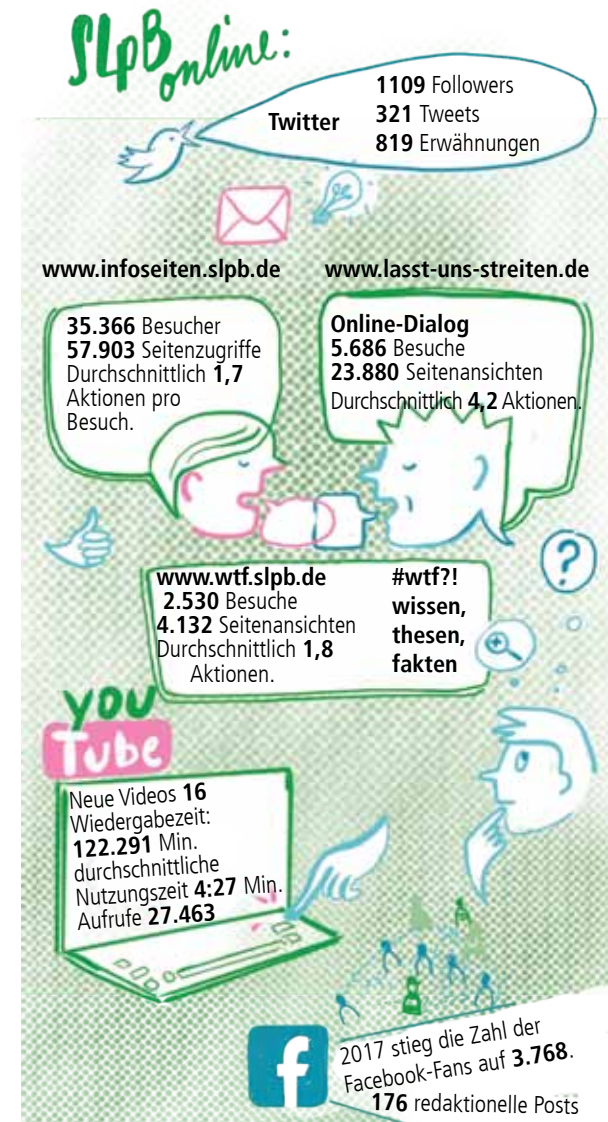
denz zu „exklusiven Zirkeln“, während das Potenzial kaum noch erreichbarer frustrierter Bürger von der Politik nicht hinreichend erkannt werde.

Nüchtern sieht der Medienwissenschaftler folglich „kein zusätzliches Demokratisierungspotenzial“ im Online-Wahlkampf. Der habe tendenziell zwar einen größeren Einfluss, sei aber „bislang nicht wahlentscheidend“. Er ergänze den klassischen Wahlkampf, ersetze ihn aber nicht. „Wahlen werden in der Öffentlichkeit gewonnen“, stellte Kay Hinz unmissverständlich fest. Man könnte hinzufügen, dass die spektakuläre Diskussion der Kanzlerin mit jungen Youtube-Fans auch eine Form von Öffentlichkeit ist. Durch die Diskussion herausgefordert, spitzte Hinz noch einmal zu. „Auch das Netz überwindet die Passivität nicht“, adressierte er an die Wählerschaft.

Das Fazit des IT-Experten und mindestens ebenso leidenschaftlichen Informations-Verbraucherschützers Karsten Schramm fiel skeptischer aus. Das Wörtchen „noch“ dominierte. Noch seien Auswüchse wie im US-Wahlkampf vom Herbst 2016 bei uns nicht zu erwarten. Und noch sei die Online-Wählerbeeinflussung nicht so weit fortgeschritten. Er hätte auch von Manipulation sprechen können.

Mit etwas Abstand erscheint dieser gut besuchte Tag in der Landeszentrale gar nicht mehr in erster Linie auf den Wahlkampf fixiert. Durchschnittlich Vernetzte konnten allgemein eine Menge über Hintergründe, Zusammenhänge und Risiken in einem unüberschaubar gewordenen Medium lernen. Expertenwissen wurde vermittelt, das manchen überforderte und andererseits in den Diskussionen nach den Referaten stellenweise Insider-Fachgespräche auslöste. Eine Herausforderung zum generell verantwortlicheren und skeptischen Umgang mit einem verführerischen Medium. Die „offline“ fällige Wahlentscheidung zu treffen, erleichtert das Internet jedenfalls nicht generell. Der „Wahl-O-Mat“ der Bundeszentrale für Politische Bildung bietet dafür aber immerhin

eine unbestrittene Hilfe. Im Übrigen aber gilt die Warnung von Karsten Schramm, der Communities mit Stammtischen verglich: „Wir werden mehr und mehr in einer digitalen Filterblase landen!“



# Schalom Israel

Tagebuch zur Israelbildungsreise, von Teilnehmer Christoph John



Israel und die Israelis besser zu verstehen, ist gerade für uns Deutsche ein wichtiges Anliegen. Die Schatten der Shoah, die Gräueltaten der Nazis an über sechs Millionen europäischer Juden, kommen vielen von uns sofort in Erinnerung, wenn wir an das kleine Land im Nahen Osten denken. Doch Israel ist weit mehr als der Holocaust oder die Erinnerung daran. Wie das Land tickt, wie seine Bewohner leben, welche Hoffnungen und Wünsche sie für ihre Zukunft sehen, sind nur einige Fragen, die sich 23 politische Multiplikatoren aus dem Freistaat Sachsen bei der Bildungsreise der SLpB vom 12. bis 21. Februar 2017 stellten. Dieses Reisetagebuch gibt einen kleinen Einblick in die Erlebnisse und Begegnungen der Reisegruppe.

## Die ersten Tage in Tel Aviv

Der Blick auf die Skyline von Tel Aviv oder ein Spaziergang entlang der berühmten Strandpromenade weckt nicht unbedingt Assoziationen an den Nahen Osten. Die inoffizielle Hauptstadt Israels könnte auch eine Metropole in den USA oder Europa sein. Besucher finden den westlichen Lebensstil überall im Straßenbild, in den Restaurants und Bars oder dem geschäftlichen Treiben in Downtown.

Auf den ersten Blick scheint es keinerlei Probleme oder Sorgen zu geben. Aber der Schein trügt. Wie sehr das kleine Land von den Bedrohungen in der arabischen Nachbarschaft gefährdet ist, erzählte uns Gad Shimron, ehemaliger Mossad-Agent, der heute als freiberuflicher Journalist und Schriftsteller arbeitet. In seinem Vortrag machte er uns auf die Gefahren aufmerksam, mit der das kleine Land konfrontiert ist. Israel sei für ihn wie die „Villa im Dschungel“ – umgeben von feindlich gesinnten Mächten, die alle Israelis lieber heute als morgen in das offene Meer treiben wollen.

Zug ins nirgendwo. Ein Wagon der Deutschen Reichsbahn erinnert in Yad Vashem an die Deportationen in die deutschen Konzentrationslager.



Vieles was uns Außenstehenden in der ein oder anderen Situation vielleicht unverständlich vorkommen mag, relativiert sich, wenn man mit Israelis über deren persönliche Situation spricht.

Shimron betonte, dass nur ein konsequentes Handeln das Überleben des jüdischen Staates sichere: „Israel kann es sich nicht erlauben, einen Krieg zu verlieren.“ Seiner Meinung nach vereine die umgebenden arabischen Länder vor allem der Hass auf Israel. So sei deren Unterstützung für die palästinensische Autonomiebewegung sehr ambivalent. Den offiziellen Solidaritätsbekundungen stünden kaum echte Wirtschaftshilfen an die Palastinenser gegenüber.

Für die Zukunft bleibt Shimron aber dennoch optimistisch. Auf Dauer haben vor allem die jungen Araber und Israelis keinerlei Ambitionen auf eine Kultur des Hasses. Der Einfluss des religiösen Fundamentalismus werde sich im Nahen Osten langfristig nicht durchsetzen. Vor nicht allzu langer Zeit war auch in den muslimisch geprägten Ländern progressives Denken verbreitet. Ein befreundeter arabischer Kollege sagte ihm dazu einmal: „Früher hatten wir drinnen gebetet und draußen getrunken. Heute trinken wir drinnen und beten draußen.“ Seiner Meinung nach wird sich dieses Verhältnis wieder drehen.

### Die zweite Etappe – Maagan am See Genezareth

20 Prozent der israelischen Bevölkerung sind palästinensische Araber. Wie die Minderheit integriert ist, konnten wir bei einem Besuch in Kfar Qara erfahren. In dieser Gemeinde leben etwa 18.000 Einwohner – alle mit arabischen Wurzeln. Die Israelis sind außerordentlich bemüht, ihnen eine gute Perspektive zu ermöglichen. Der Extremismus lässt sich nur dann eindämmen, wenn diese bevölkerungsreiche Minderheit in der jüdisch-israelischen Mehrheitsgesellschaft Fuß fassen kann. Dazu wird in der stark wachsenden Gemeinde viel bewerkstelligt.



Felsendom in Jerusalem

Beim Round-Table-Gespräch in der Gemeindebibliothek stellte uns Badran Tayara seine Sicht auf das jüdisch-arabische Zusammenleben vor. Tayara selbst hatte in Deutschland Jura studiert und auch einige Zeit in einer rheinländischen Anwaltskanzlei gearbeitet. Seiner Meinung nach gehe eine verbesserte Integration nur mit vermehrter Bildung einher. Sie sei die „Waffe für die Zukunft“. Deshalb wurden in Kfar Qara – auch mit deutscher Unterstützung – mehrere Schulen und andere Bildungseinrichtungen errichtet. Einen großen Wert legen die Verantwortlichen auf die Sprachausbildung. Neben der arabischen Muttersprache lernen die Kinder ab der zweiten Klasse die offizielle Amtssprache Hebräisch. Englisch, als die Lingua franca der Welt, steht ebenso auf dem Lehrplan. Dennoch sei das Zusammenleben nicht frei von Sorgen. So sei die Familienzusammenkunft mit Angehörigen aus dem Westjordanland kaum zu realisieren. Leider leben Juden wie auch palästinensische Araber mehr oder weniger gut neben, aber nicht miteinander.

Ein zugegeben etwas beklemmendes Gefühl hinterließ bei vielen uns der Besuch in Misgav-Am. Der nördlichste Kibbutz Israels liegt unmittelbar an der libanesischen Staatsgrenze. Militärische Stellungen der Hisbollah, nur wenige hundert Meter entfernt, bilden eine permanente Bedrohung für die

Sicherheit der Einwohner. Joseph Isaac Abas lebt seit vielen Jahrzehnten in Misgav-Am. Er schilderte uns die Geschichte und Entwicklung im Kibbutz.

Im Jahr 1955 besiedelten die Gründungspioniere das karge Land ohne jegliche Infrastruktur. Es gab weder befestigte Straßen, noch fließend Wasser. Schritt für Schritt bauten die Siedler ihre Gemeinschaft auf, mit viel Fleiß und Durchhaltevermögen. Die Nachbarschaft zum Libanon war anfangs recht gut – die Bewohner bezeichneten ihre Nachbarn als „unsere freundlichen Feinde“.

Durch einen Terrorangriff im Jahr 1980 änderte sich das Verhältnis schlagartig. In der Nacht zum Passah-Fest stürmten schwerbewaffnete libanesischen Terroristen den Kibbutz, töteten einige Einwohner und nahmen mehrere unschuldige Kinder als Geiseln. Erst eine Spezialeinheit der israelischen Armee konnte dem Schrecken ein Ende setzen. Dennoch lebt Abas bis heute leidenschaftlich gern in seinem Kibbutz. Die Sicherheitsmaßnahmen seien nach der tödlichen Geiselnahme verstärkt worden. Im Notfall sei die israelische Armee innerhalb von nur zehn Minuten vor Ort. Für ihn ist Misgav-Am daher einer der „sichersten Orte in Israel“.

### Eine Reise nach Jerusalem – wem gehört das Land?

Kaum ein anderes Thema polarisiert die Menschen in- und außerhalb des Landes so sehr wie die Siedlungsfrage. Siedlungen sind von israelischen Staatsbürgern neu gebaute Ortschaften in Gebieten, die von Israel nach dem Sechstagekrieg von 1967 erobert wurden. Viele Beobachter sehen in dieser Politik ein Bremsklotz für den Friedensprozess. Wem gehört das Land? Diese Frage wollten wir mit der Reise nach Jerusalem beantworten.

Eine der prominentesten Siedlungen der Israelis im Westjordanland ist Ma'ala Adumim. Gegründet im Jahr 1977 als kleine Gemeinschaft mit anfangs nicht mehr als 50 Familien wuchs sie zu einer stolzen Stadt mit fast 40.000 Einwohn-



Kleines Land mit unzähligen Problemen in einer sehr instabilen Region. Blick vom Golan über die Grenzanlagen nach Syrien.

nern heran. Das Wachstum erinnert stark an die sächsischen Städte Weißwasser und Hoyerswerda, die zu DDR-Zeiten eine vergleichbare Bevölkerungsexplosion erlebten. Aber natürlich sind die Rahmenbedingungen im Nahen Osten vollkommen andere als bei uns in Deutschland.

Ma'ale Adumim ist eine junge Stadt. Die Siedler betreuen ihre Kleinkinder in über 80 Kindergärten. Später stehen den Familien etwa 20 unterschiedliche Schulen zur Verfügung. Je nach religiöser Zugehörigkeit wählen die Eltern für ihre Kinder eine Schule, die entweder in gemischten Klassen (Mädchen und Jungen) oder getrennt unterrichtet. Der Mediziner Dr. Ronny Torten, ein Stadtratsmitglied, erzählte uns, dass etwa 50 Prozent der kommunalen Haushaltsausgaben in den Bildungsbereich fließen. Davon können wir in Deutschland wahrscheinlich nur träumen.

Auch für die medizinische Versorgung sei gesorgt. In der Stadt befinden sich drei Kliniken, wo sowohl Israelis als auch Palästinenser versorgt werden. Ansonsten findet allerdings kaum ein Austausch mit ihnen statt. Bezüglich des israelisch-palästinensischen Zusammenlebens vertritt Dr. Torten einen klaren Standpunkt. Nach seiner Meinung hätten die

Palästinenser keinen Anspruch auf einen Staat, da es diesen nie gegeben hat. Die israelischen Siedler hoffen deshalb auf die Unterstützung des neuen US-Präsidenten Donald Trump. Für Dr. Torten wäre ein palästinensischer Staat ohnehin „nicht überlebensfähig“, weil dieser keine funktionierende Staatsstruktur hätte.

Ein paar Stunden später hörten wir von Dr. Nazmi Al-Jubeh den kompletten Gegensatz. Der in Jerusalem geborene Palästinenser lehrt seit dem Jahr 1991 Geschichte an der Universität Bir Zeit im Westjordanland und war Mitglied der palästinensischen Verhandlungsdelegation im Oslo-Friedensprozess. Für ihn sei der Siedlungsbau ein „Landraub in großem Maß“. Die Palästinenser würden unter den Israelis wie in einem „Apartheidssystem“ leben: „Wir entsorgen den Müll [gemeint sind terroristische Strukturen innerhalb der Bevölkerung] und bekommen nichts dafür.“ Dr. Al-Jubeh sehe nach dem Regierungswechsel in den USA keine Hoffnungen mehr. US-Präsident Trump würde sich bedingungslos an die Seite der israelischen Regierung von Benjamin Netanjahu stellen, ohne palästinensische Interessen auch nur im Ansatz zu beachten. Er rechne daher fest mit einer neuen Intifada.

Etwas optimistischer war Suleiman Abu Dayyeh. Der in Beit Jala bei Bethlehem geborene evangelische Christ studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Bochum und Bonn und arbeitet seit dem Jahr 1994 in der Palästinenser-Abteilung bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Jerusalem. Er habe noch eine kleine Hoffnung für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses. Der Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern sei für ihn nur in einer Zwei-Staaten-Lösung realisierbar. Mehr noch, für Abu Dayyeh seien die Palästinenser letztlich die „Garanten für die Zukunft der Israelis“. Mit der Befriedung würde sich auch das Verhältnis zu allen anderen arabischen Nachbarn normalisieren. Der Nahe Osten könnte dadurch erheblich stabilisiert werden. Dazu Abu Dayyeh: „Historisch betrachtet sind Juden und Araber Cousins. Leider ist es aber so, dass die Fehden zwischen Familienangehörigen meistens am größten sind.“

Letzten Endes haben wir keine richtige Antwort finden können, wie der Konflikt zwischen beiden Völkern nachhaltig befriedet werden kann. Deshalb geht für uns die Reise nach Jerusalem auch nach der Bildungsfahrt weiter. In Erinnerung bleibt ein faszinierendes Land mit tollen Menschen und einer wunderschönen Naturlandschaft. Schalom Israel!



# Wir brauchen die offene Debatte

Diskussion mit dem Bundespräsidenten



Unter dem Motto „Unterschiede aushalten. Streit wagen. Demokratie leben. Und was politische Bildung dabei soll...“ hatte die Landeszentrale am 14. November 2017 zu einer Diskussion mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in die Dresdner Dreikönigskirche eingeladen. Von Annette Groh.

Wenn man etwas aus Veranstaltungen von Bundespolitikern in Sachsen gelernt hat, dann dass mit Demonstrationen, Transparenten und lauten Sprechchören zu rechnen ist. Doch dieser Dienstag bleibt erstaunlich ruhig. Vor dem Eingang auf der Hauptstraße sind ein paar Presseleute und wenige Schaulustige zu sehen. Präsent ist ein großes Aufgebot an Polizisten, die an diesem Novembervormittag relativ entspannt in die Sonne blinzeln, Kaffee trinken und abwarten. Ein Tourist aus dem Westerwald wartet darauf, ein Foto mit dem Bundespräsidenten zu ergattern. Ein paar Dresdner wenden sich enttäuscht ab, als sie erfahren, dass der Zutritt nur geladenen Gästen gestattet ist.

Ein Kamerteam des MDR, das den Bundespräsidenten bei seinem Antrittsbesuch in Sachsen schon am Vortag begleitet hat, berichtet, dass diese friedliche Stimmung auch anderswo anzutreffen war. Nicht einmal vor der Frauenkirche, wo Steinmeier am Morgen an einem ökumenischen Gottesdienst teilgenommen hatte, habe es Proteste gegeben. Ähnlich verwunderte Berichte finden sich am Folgetag in der Presse. „Kein Verlass auf die Motzkis in Sachsen!“ klagte die TAZ. Nach all den hässlichen Pöbeleien gegen Bundespolitiker in Sachsen in den letzten Jahren, gehört Krawall leider zur Erwartungshaltung, wenn auf Sachsen geschaut wird.

## Eröffnung durch Dr. Roland Löffler und Stanislaw Tillich

Bei seiner Begrüßung im großen Saal der Dreikönigskirche machte Dr. Roland Löffler, Direktor der SLPB, deutlich, dass

Begrüßung vor der Dreikönigskirche Dresden. Ministerpräsident Stanislaw Tillich, Elke Bündenbender, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Michael Ahner (Direktor Haus der Kirche) und Dr. Roland Löffler (v.l.n.r.)



Erste Reihe: Staatsminister Frank Haubitz und Staatsministerin Petra Köpping, Erster Bürgermeister Detlef Sittel, Elke Büdenbender, Frank-Walter Steinmeier und Stanislav Tillich (v.l.n.r.)



„Wenn es richtig losgeht, wird meist abgebrochen.“ Zwei Schülerinnen berichten von Problemen bei der Streitkultur in der Schule.



Gekommen um zuzuhören. Der Bundespräsident ermuntert zum Diskurs.

Fotos: Benjamin Jenak

Demokratie kein theoretisches Konstrukt, sondern etwas Grundlegendes sei, was allen Entscheidungen, die von einer Gemeinschaft getroffen werden, zugrunde liegt. In unserem immer komplexer werdenden Alltag, sei es notwendig, politische Entscheidungen klar zu kommunizieren. Denn in der Demokratie gehe es einzig darum herauszufinden, was für die Gemeinschaft das Beste ist.

Auch der damalige Ministerpräsident Stanislaw Tillich bezog sich darauf, was demokratische Diskussionen ausmacht. Das Wichtigste dabei sei das Grundgesetz als gemeinsame Basis und gegenseitige Akzeptanz. Darum sei es wichtig, politische Bildung nicht als „erhobenen Zeigefinger“ zu betrachten, sondern als Befähigung zum Mitgestalten. Tillich räumte auch Fehler ein, man habe lange die offene demokratische Debatte in den Schulen vernachlässigt.

### Wiedergewinnung von Gesprächsfähigkeit

Der Bundespräsident hat seine Rede klar unter das Motto der Veranstaltung gestellt: „Unterschiede aushalten. Streit wagen. Demokratie leben.“ Dabei merkte er als erstes an, er würde sich statt Punkten Ausrufezeichen wünschen: „Ich finde, auch ein Ausrufezeichen könnten wir in diesen Wo-

chen gut vertragen.“ In einer Demokratie gehörten Meinungsverschiedenheiten zur Normalität, daher täten wir uns keinen Gefallen damit, jeden Dissens zu skandalisieren. Demokratie sei nicht nur eine Idee, daher dürfe man die Auseinandersetzung nicht scheuen. Er habe jedoch den Eindruck, dass „das zähe Ringen um Kompromisse und Mehrheiten vielen ein Graus“ sei.

**Demokratischer Streit funktioniert nicht als moralisierendes Pingpong zugespitzter Extrempositionen. (Steinmeier)**

Die „Wiedergewinnung von Gesprächsfähigkeit“ sei eines der wichtigsten Anliegen für unsere Gesellschaft. Der jüngste Sachsenmonitor zeigt diesen Bedarf. 69 Prozent der sächsischen Bevölkerung meinen, ihre Stimme habe nichts zu sagen und 43 Prozent glauben, man könne seine Meinung nicht mehr frei äußern, ohne Ärger zu bekommen.“ Aber demokratischer Streit könne nur stattfinden, wo Gesprächsbereitschaft vorhanden sei. Steinmeier erinnerte daran, dass es auch in der alten Bundesrepublik angespannte Phasen („Ostpolitik, Umweltbewegung oder NATO-Doppel-

beschluss“) gegeben habe, die rückblickend jedoch nicht geschadet hätten – im Gegenteil: Sie haben den demokratischen Streit kultiviert. Allerdings seien nach der deutschen Einheit Grundsatzdebatten über Zukunftsfragen unbeliebt gewesen, weil man glaubte, sie seien mit Beendigung des Kalten Krieges erledigt gewesen.

Bei den jetzigen Konflikten gehe es nicht nur um die Frage nach der Aufnahme von Flüchtlingen, sondern vor allem um die äußere und innere Sicherheit, um die Veränderungen der Arbeitswelt durch die Digitalisierung, deren Wucht nicht unterschätzt werden sollte, und um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Unsere Gesellschaft brauche die Debatte und den demokratischen Streit als Katalysator in Entscheidungsprozessen, dazu die Bereitschaft zur Vernunft und die Konzentration auf Problemlösungen. Alle Seiten müssten bereit sein, auf der Basis von Fakten nach Lösungen zu suchen: „Demokratischer Streit funktioniert nicht als moralisierendes Pingpong zugespitzter Extrempositionen.“

Deutlich rief Steinmeier dazu auf, gegen Rechtsextremismus und die neue Rechte aufzustehen. Man könne nicht





Klar in der Sache und entspannt im Miteinander: Angela Klier vom Kompetenzzentrum Gemeinwesenarbeit im Erzgebirge, Frank-Walter Steinmeier, Dr. Roland Löffler, Stanislav Tillich und Prof. Dr. Werner J. Patzelt von der TU Dresden im Gespräch.

schulterzuckend danebenstehen und einfach zusehen. Den Initiativen und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus zur Wehr setzen und damit „die Grundrechte unserer Verfassung verteidigen“, sprach er seinen Respekt aus.

**Der Umgang mit Asyl-, Flucht-, Zuwanderungs- und Integrationsthemen zeigt aber in meinen Augen besonders deutlich: Unsere Gesellschaft braucht die offene Debatte.** (Steinmeier)

### Zeit für politische Bildung

In die anschließende Diskussion mit politischen Bildnern und Jugendlichen im Saal und Ministerpräsident Tillich, Politikwissenschaftler Prof. Werner Patzelt sowie Angela Klier vom Kompetenzzentrum Gemeinwesenarbeit im Erzgebirge auf der Bühne brachte der Bundespräsident einige Fragen ein:

- „Ist auf den Stundentafeln unserer Schulen genug Platz für politische Bildung?“
- „Wie könnte Sachsens Jugend neben den Naturwissenschaften auch bei den Gesellschaftsthemen Spitzenplät-

ze in den Rankings erreichen? Und welche Rolle könnten die eigenen Eltern dabei spielen?“

- „Wie sieht es mit der politischen Bildung in den Verwaltungen, auf den Sozialämtern und bei der Polizei aus?“

Er sei gekommen, um den zahlreichen Experten für politische Bildung zuzuhören. Und so ermunterte der Bundespräsident zum offenen Diskurs ohne falsche Rücksichtnahme. Diese entwickelte sich, anfangs etwas vom protokollarischen Umfeld gedämpft, aber mit zunehmender Dauer immer munterer. Auch wenn es von manchen Erwartungshaltungen abweicht: Die Sachsen können durchaus hart in der Sache, aber sachlich und fair diskutieren.

In der Diskussion wurde auch öfter gemahnt, dass die demokratische Debatte immer wieder geübt werden muss. Neben den Fragen nach finanzieller Unterstützung für die außerschulische Bildung wurde von verschiedenen Vertretern aus dem Publikum deutlich gemacht, dass die kulturelle und politische Bildung mehr Zeit benötige sowie die Gemeinschaftskunde in der Schule eher beginnen müsse. Eine Schülerin merkte an, dass die Debatten im Unterricht immer dann, wenn sie „richtig losgingen“, von den Lehrern



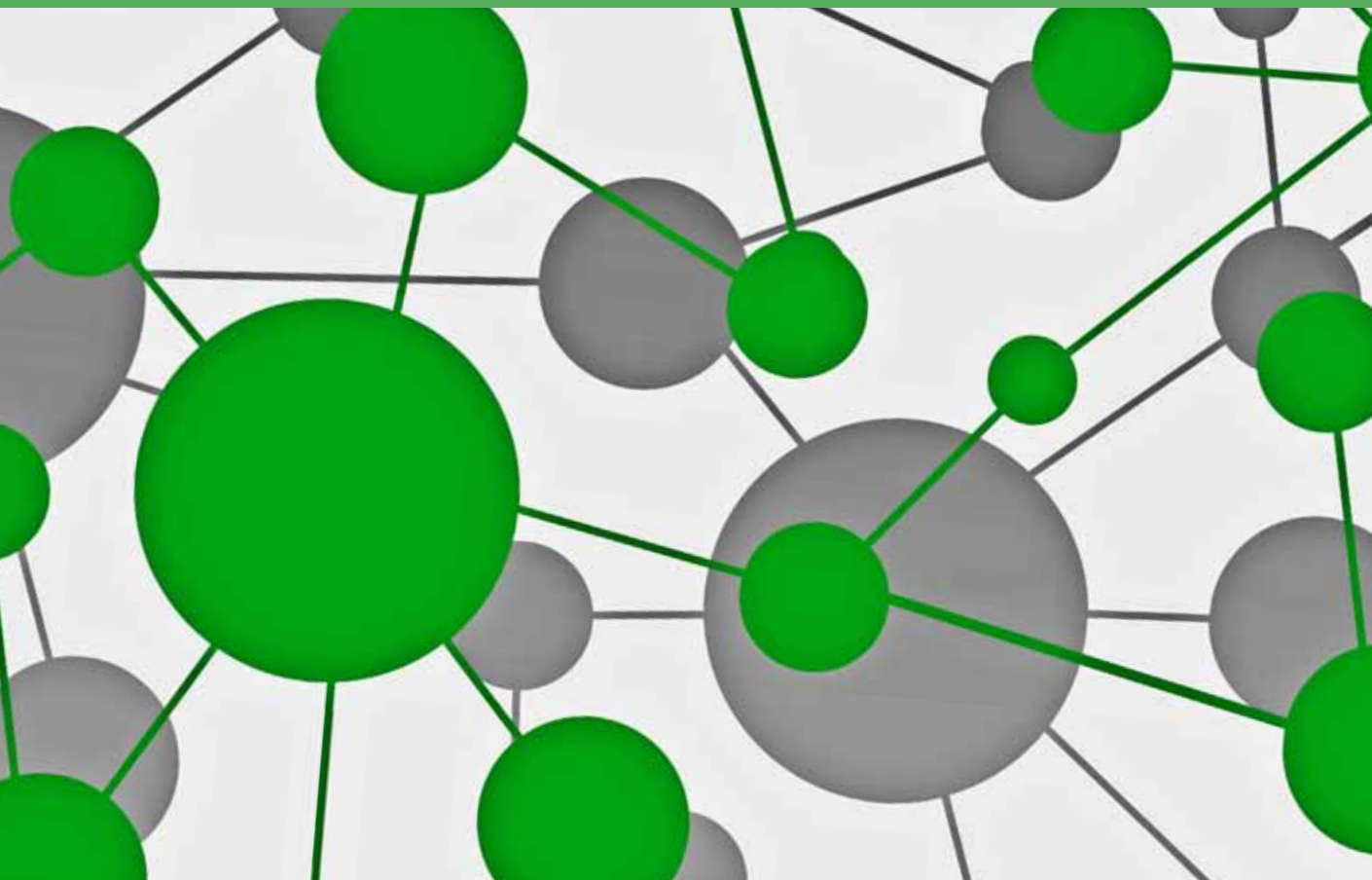
Selfie mit dem Bundespräsidenten. Der Ministerpräsident hilft spontan als Fotograf aus.

abgebrochen würden. Der Bedarf besteht also nicht nur bei den Schülern, sondern auch in der Lehrerausbildung sowie der Erwachsenenbildung.

Bei Vertretern aus dem Bildungsbereich wurden mit der Diskussion offene Türen eingerannt. Sie erhofften sich Impulse und eine weiterreichende Wirkung dieser Veranstaltung für die politische Bildung und die politische Kultur in Sachsen.

# Netzwerker

Ohne Partner kann die Landeszentrale ihren Auftrag nicht erfüllen



„Die Landeszentrale verfolgt mit ihrer Tätigkeit das Ziel, zu einer weiteren Verbreitung und Stärkung der demokratischen, rechtsstaatlichen Grundordnung in der sächsischen Bevölkerung beizutragen. Auf überparteilicher Grundlage übernimmt sie die Aufgabe, politische Bildung in Sachsen zu fördern und zu vertiefen.

In Erfüllung dieser Aufgaben hat die Landeszentrale insbesondere 1. auf eine Abstimmung mit den für die Förderung der politischen Bildung befassen staatlichen Stellen hinzuwirken, 2. die Zusammenarbeit mit den freien Trägern der politischen Bildung zu pflegen, ...“

Aus der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Organisation und die Aufgaben der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

## Die Landeszentrale ist regelmäßiges Mitglied in folgenden Gremien:

Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Fachbeirat Dresdner Revolutionsweg 1989/90, Beirat zum „Forum starke Demokratie“, Jurymitglied „Sächsischer Bürgerpreis“, Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen, Leiterkonferenz Bundeszentrale für politische Bildung und Landeszentralen für politische Bildung, Landespreis für Heimatforschung, Sächsischer Kultursenat, Fachkonferenz Publikationen der Zentralen für politische Bildung Deutschland, Landesbeirat für Erwachsenenbildung, Programmbeirat Haus der Kirche, Landesbeirat für Erwachsenenbildung, Arbeitsgruppe Informations- und Kommunikationstechnik, Entwicklungsgruppe Informationssicherheit, Arbeitskreis Frauenbeauftragte/Gleichstellungsbeauftragte, Sächsische Kulturstiftung, Arbeitsschutzausschuss, Beirat Elternmitwirkungsmoderatoren, Beirat des Kulturbüro Sachsen e.V., Beirat Demokratiezentrum, Beirat Sachsen-Monitor.



## Unsere Partner vor Ort 2017

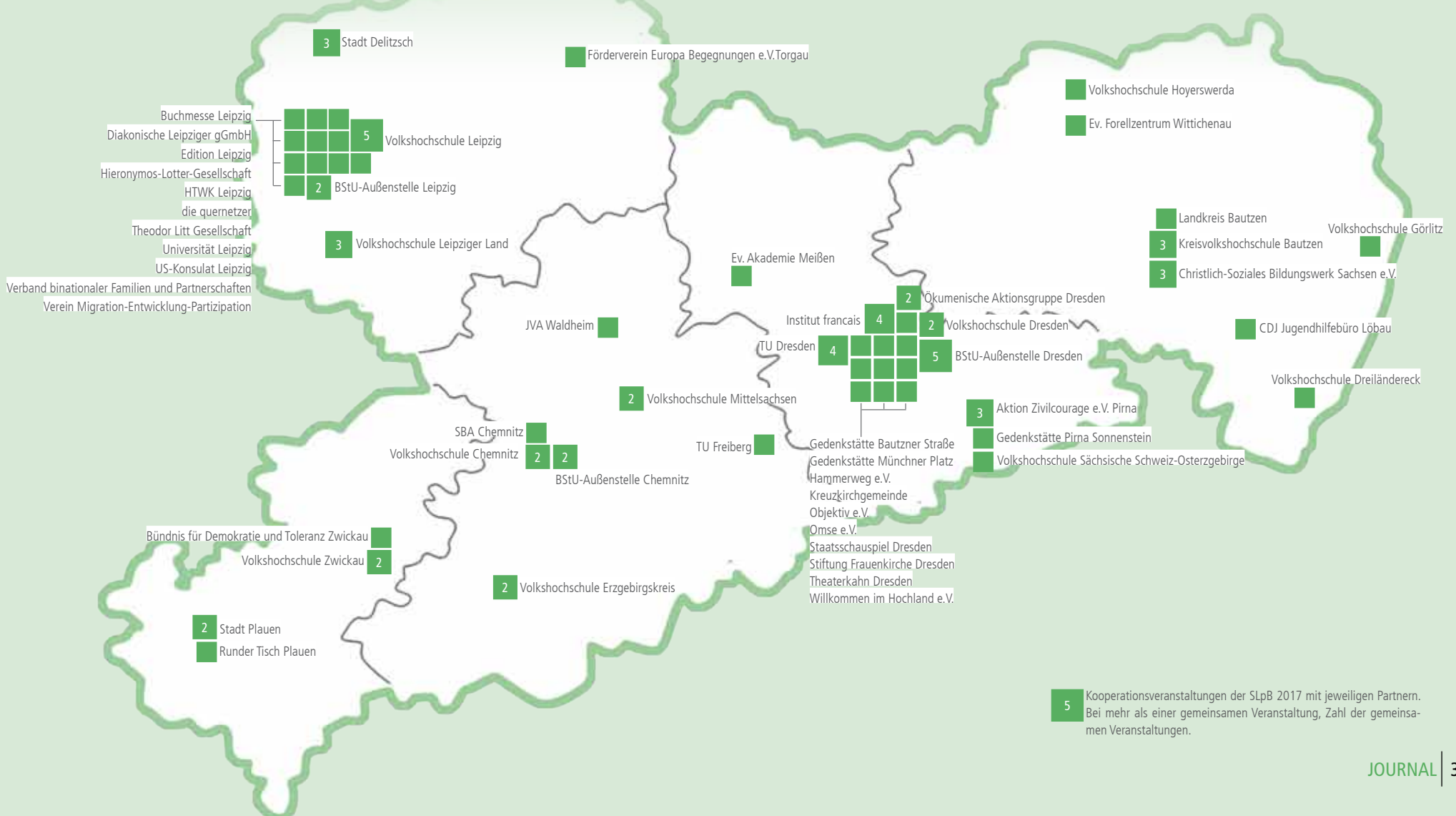
85 Prozent unserer Veranstaltungen fanden außerhalb der Räume der SLpB statt. Diese Präsenz im Freistaat Sachsen ist nur mit Kooperationspartnern möglich. Wir brauchen deren regionale Expertise. Die Bildungsträger in den Regionen kennen die Bedürfnisse vor Ort am besten. Sie sind wertvolle Partner bei der Auswahl und Bereitstellung von Veranstaltungsorten. Nicht zuletzt sind auch personelle, materielle und finanzielle

Möglichkeiten der Partner wichtig für unsere Kooperationsveranstaltungen. Die Landeszentrale braucht Partner und sie ist Partner.

### Unsere überregionalen Kooperationspartner 2017:

Bundeszentrale für politische Bildung, Bundespräsidialamt, Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen, Sächsischer Ausländerbeauftragte, Deutscher Kinderschutzbund

Sachsen, Deutsche Vereinigung für Politische Bildung, Diakonisches Werk Sachsen, Europa-Union Sachsen, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen, Junge Europäische Föderalisten, Landesjugendamt Sachsen, Landesschülerrat Sachsen, Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Sächsischer Landtag, Sächsische Staatskanzlei, Sächsisches Staatsarchiv, Sächsisches Staatsministerium der Justiz, Verbraucherzentrale Sachsen e.V.



## Impressum

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstraße 36

01129 Dresden

Tel.: 0351 85318-0

Fax: 0351 85318-55

E-Mail: [info@slpb.smk.sachsen.de](mailto:info@slpb.smk.sachsen.de)

Internet: [www.slpb.de](http://www.slpb.de) | [www.infoseiten.slpb.de](http://www.infoseiten.slpb.de) | [www.facebook.com/slpb1](https://www.facebook.com/slpb1)

Redaktion: Thomas Platz, Telefon: 0351 / 85318-21 | Fotos: wenn nicht anders angegeben SLpB

Verteilerhinweis: Diese Informationsschrift wird von der SLpB im Rahmen ihres Auftrages herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.